: antifaschistische nachrichten

Nr. 3

g 3336 12.2.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Erfolgreicher Auftakt für Proteste gegen den NATO-Gipfel im April 2009

MÜNCHEN. Die Demonstration am 7.2. gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz war ein erfolgreicher und wirkungsvoller Auftakt für die weiteren Proteste gegen die NATO in diesem Jahr. Mehr als 6.000 Teilnehmer/innen machten deutlich, dass in München die Kriegspolitik der NATO und die deutsche Beteiligung an Kriegen nicht erwünscht sind – trotz der neuen Leitung der „Sicherheitskonferenz" unter Wolfgang Ischinger und der neuen US-Administration. „Die Zahl der Demonstrant/innen lag noch höher als in den Vorjahren und hat unsere eigenen Erwartungen übertroffen", sagte Hagen Pfaff von Attac München. Vertreter/innen der Gruppe „Widerstand der zwei Ufer" sowie der EU-Abgeordnete Tobias Pflüger riefen auf den Kundgebungen vor und nach der Demonstration zur Teilnahme an den Protesten gegen das 60-jährige Bestehen der NATO Anfang April in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden auf. (...)

Die Organisator/innen der Proteste kritisierten, dass die Polizei auch dieses Jahr wieder durch eine Reihe von speziellen Münchner Eigenheiten die Demonstrationsfreiheit unterlaufen habe. Weite Teile des Demonstrationszuges wurden über lange Strecken von bis zu 5 Reihen hochgerüsteter Polizisten eskortiert. Die versuchte Taktik der Einschüchterung seitens der Polizei erreichte ihren Höhepunkt, als die Abschlusskundgebung auf dem Odeonsplatz von Scharfschützen flankiert wurde, die auf dem Dach der Residenz als Austragungsort des Abschlussdiners der „Sicherheitskonferenz" postiert waren.

Versammlungsleiter Jan Tepperies zog trotzdem eine positive Bilanz: „Es ist ermutigend, dass sich die Teilnehmer/innen auch dieses Jahr wieder nicht durch die absolut unverhältnismäßige Polizeipräsenz einschüchtern ließen – wir freuen uns auf die Proteste gegen die NATO im April in Strasbourg!"

aus der Abschlusserklärung des Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, 8.2.09

Inhalt:



München, 7.2.09

Rechtsextreme proben wieder Eintritt ins Europäische Parlament

Neue Runde, neuer Einsatz, neue Chance: Dieses Motto scheint sich Europas extreme Rechte im Vorfeld der nächsten Europaparlamentswahl zu eigen zu machen. Und so probt man schon einmal, grenzübergreifend, den Einzug in das Straßburger Parlament, wo man eine Kooperation in neuer Form anstrebt. Am Wochenende des 31. Januar und 1. Februar fand dazu eine Tagung in Wien statt.

Die Wahl findet europaweit am 7. Juni dieses Jahres statt. In der jetzt auslaufenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (EP) hatte kurzzeitig, während mehrerer Monate des Jahres 2007, eine gemeinsame Fraktion der rechtsextremen Parteien existiert. Letztere hatten dadurch zusammen die Fraktionsstärke – für die mindestens 20 Abgeordnete, die aus mehreren Mitgliedsstaaten kommen müssen, erforderlich sind – erreichen können, dass mit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Januar 2007 starke rechtsextreme Parteien einzogen. Damals jedenfalls waren diese Kräfte stark, denn zumindest die Großrumänienpartei (PRM) von Corneliu Vadem Tudor hat zwischenzeitlich starke Einbrüche erlebt: Bei einer Nachwahl zum EP in Rumänien im November 2007 erzielte die Partei nur noch 3,5 Prozent, und bei der rumänischen Parlamentswahl im Dezember 2008 scheiterte sie mit rund vier Prozent der Stimmen an der in Bukarest geltenden Fünf-Prozent-Hürde. Stark bleibt hingegen die bulgarische Ataka-Partei.

Doch inzwischen hat sich auch die gemeinsame Fraktion in Strasbourg längst zerlegt: Diese scheiterte im Herbst 2007 an heftigen Querelen zwischen der italienischen Rechtsextremistin und „Duce-Enkelin" Alessandra Mussolini, die grob und pauschal über rumänische Einwanderer in ihrem Land hergezogen war, und den Abgeordneten der PRM. Hätte die italienische Rechtsradikale allein gegen aus Südosteuropa stammende Roma gehetzt, es wäre ihren rumänischen Kameraden ja recht gewesen. Allein, sie hatte es übertrieben – und auch gleich den Abzug, ja Hinauswurf des rumänischen Botschafters aus Italien gefordert.

Von Kopenhagen bis Sofia, von Brüssel bis Belgrad

Nun versuchen es die Rechtsextremen aus mehreren europäischen Ländern also erneut. Wieder will man zusammen eine Präsenz im EP anstreben und versuchen, dort Einfluss auszuüben – für ein „Europa der Nationen und Völker", gegen eine supranationale Integration und den Lissabon-Vertrag.

→

„Die Wende“ tagt

Bad Blankenburg. Der Verein „Die Wende“, nach eigener Darstellung eine „Aktion zur geistig-kulturellen Erneuerung Deutschlands aus seinen christlichen Wurzeln“, hält seine Jahrestagung vom 1. bis 3. Mai in Bad Blankenburg/ Thüringen ab.

Im „Evangelischen Allianzhaus“ widmet sich der Verein in diesem Jahr dem Thema „Manipulation der Sprache als Instrument zur Steuerung des Volkes“. Als Referenten eingeladen haben die Veranstalter u.a. den Kölner Publizisten Dr. Klaus Rainer Röhl („Linke Lebenslügen“ u.a.). Röhl ist als Referent bei Burschenschaften und „Vertriebenen“-Verbänden bekannt und regelmäßiger Autor in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt“. Seit 1993 Mitglied der FDP, ist er dem „national-liberalen“ Flügel zuzurechnen. Als Referent erwartet wird auch Prof. Dr. phil. Harald Seubert (Erlangen). Der Ordinarius für Kulturphilosophie und Ideengeschichte referierte in der Vergangenheit beim „Institut für Staatspolitik“ und schreibt gelegentlich für die „Junge Freiheit“. Ebenfalls eingeladen sind Andreas Späth (Bad Windsbach), Vorsitzender der „Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis“ und Hartmut Steeb (Stuttgart), Generalsekretär der „Evangelischen Allianz in Deutschland“. *hma* ■

Zeltlager im Harz

Harz. Die „Jungen Witikonen“, Jugendverband des extrem rechten „Witiko-Bund“, die „Schlesische Jugend“ sowie „bündische und volkstreue Jugendgruppen“ wollen vom 1. bis 5. Mai ein gemeinsames Zeltlager im Harz durchführen. Beworben wird das Zeltlager, dessen Ort derzeit noch nicht bekannt ist, u.a. in der neofaschistischen Monatszeitschrift „Nation & Europa“. *hma* ■

„Freie Welt“ online

Berlin. Die „Zivile Koalition e.V.“ um Beatrix Herzogin von Oldenburg hat unter dem Namen „Freie Welt“ eine Internet- und Blogzeitung „für die Zivilgesellschaft“ eingerichtet. Diese soll der „bürgerlichen Basis“ ein Medium geben, in dem sie „ihr Lebensgefühl und ihre Positionen wiederfindet“. Leitlinien der neuen Webseite seien „die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates und der Gewaltenteilung“, „der Sozialen Marktwirtschaft im Geiste Ludwig Erhards“, „das christliche Menschenbild“ sowie „der Schutz der Bürgerrechte“.

Als Herausgeber des neuen Internetportals fungiert Sven von Storch, der sich wie von Oldenburg früher im „Göttinger Kreis. Studenten für den Rechtsstaat“ engagierte. Chefredakteur der „Freie Welt“ ist Gerard Albert Bökenkamp. Der hatte 2005 in Berlin kurzzeitig für Aufsehen gesorgt. Das damalige Mitglied der „Jungen Union“ und der CDU hatte an einem Seminar des um die „Junge Freiheit“ angesiedelten „Institut für Staatspolitik“ teilgenommen. Die Zeitschrift „Stern“ hatte damals Bökenkamp mit den Worten zitiert, er habe den Plan, in den CDU-Jugendverband „zehn bis 15 Leute meiner Gesinnung einzuschleusen“. Kurze Zeit später erklärte Bökenkamp seinen Austritt aus der CDU. *hma* ■

Innensenator & Verfassungsschutz verharmlosen Burschenschaft Germania

Hamburg. In seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Neonazis bei der Hamburger Burschenschaft Germania“ verharmlost der Hamburger Senat die rechtsextremistische Gefahr der „Neuen Rechten“.

Die „besondere Betonung „völkischer Ideale“ gilt dem CDU geführten Senat lediglich als einer unter mehreren „Anhaltspunkt(en) für den Verdacht auf rechtsextremistische Bestrebungen“ Noch absurder: Das Landesamt für Verfassungsschutz meint sogar, dass „rechtsextremistische Parteien, gewaltbereite und aktionistisch orientierte Rechtsextremisten“ „weitgehend unbeeinflusst von Diskussionen im Bereich der „Neuen Rechten“ agieren. Mit dieser Einschätzung demonstriert der dem Senat zuarbeitende Verfassungsschutz völlige Unkenntnis über die Selbstverortung von NPD/JN wie zugleich von anerkannten Forschungsansätzen (u.a. Toralf Staud: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD).

Genau das Gegenteil zeigt der vorliegende Fall: Die Überschneidung der politischen Milieus zeigen sich gerade anlässlich des Auftrittes und der Rede von Dr. Björn Clemens beim „Reichsgründungskommers“ der Burschenschaft Germania (siehe Titelseite der letzten Ausgabe der Antifaschistischen Nachrichten).

Dr. Clemens ist Mitglied im Bundesvorstand der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“, der Europas größten Neonazi-Aufmarsch in Dresden im Februar 2008 angemeldet und organisiert hat. Als Hauptredner dieses Neonazi-Aufmarsches hat Clemens vor über 5.000 Rechtsextremisten aus ganz Europa gesprochen, an dem die NPD, neonazistische Kameradschaften und militante „Autonome Nationalisten“ aus der ganzen Bundesrepublik sowie Faschisten aus Dänemark, Tschechien, den Niederlanden, Großbritannien und Spanien teilgenommen haben.

Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE: „Innensenator Ahlhaus und der Verfassungsschutz verharmlosen die Gefahren von Neonazis in Nadelstreifen-Anzügen. Die „Neue Rechte“, zu der auch die völkische Burschenschaft Germania gehört, arbeitet seit Jahren eng mit Neonazis zusammen. Anstatt ihre Erkenntnisse über die Verstrickungen der Neonazis zu veröffentlichen, verweist der Senat auf vertrauliche Ausschüsse. Die erfolgreiche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und neonazistische Gewalt muss aber öffentlich und zivilgesellschaftlich geführt werden, um die Neonazis und ihre menschenverachtenden Ideologie zurückzudrängen.“ *kun* ■

(Die Drucksache19/2017 ist unter http://www.buergerschaft-hh.de/parldok inklusive Antwort des Senates abrufbar).



Nazis bevorzugt behandelt

Dresden. Das Ringen um den Hauptbahnhof als Versammlungsort am 14. Februar nimmt kein Ende. Das Ordnungsamt Dresden verweist den Startpunkt der Demonstration des „No pasarán“-Bündnis nun endgültig weg vom Hauptbahnhof in die Neustadt. Es bestätigt damit die Entscheidung, dass den Nazis der Vorzug eingeräumt wird.

Das Ordnungsamt begründet seine Entscheidung mit dem Trennungsgebot.

Die Gefahrenabwehr gebiete ein räumliches Auseinanderhalten der Antifademonstration von „No pasarán“ und dem Aufmarsch der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) am Hauptbahnhof. Immer wieder kam es in den vergangenen Jahren am Tag des Aufmarsches zum 13. Februar zu Übergriffen von Teilnehmern des Naziaufmarsches. Die Konsequenzen dafür sollen in diesem Jahr aber nicht die Nazis tragen.

Wie man nun den Protestierenden aus dem gesamten Bundesgebiet vermittelt, die am 14. Februar auf der Straße ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und

weiter Seite 4

Fortsetzung von Seite 1: Rechtsextreme proben wieder Eintritt ins Europa-Parlament

An der gemeinsamen Tagung in Wien nahmen neben Vertretern der österreichischen FPÖ als Gastgeberpartei (ihr Chef Heinz-Christian Strache und ihr einziger EP-Abgeordneter Andreas Mölzer) nahm u.a. Bruno Gollnisch vom französischen Front National teil – also der frühere Chef der rechtsextremen Fraktion im EP, derzeit Vizepräsident des französischen FN und für „internationale Angelegenheiten“ zuständig, aber neben der weitaus mächtigeren Co-Vizepräsidentin Marine Le Pen eher auf dem absteigenden Ast. Auch die amtierenden Europarlamentarier Philip Claeys (vom belgisch-flämischen ‚Vlaams Belang‘) und Mogens Camre (von der rassistischen ‚Dänischen Volkspartei‘ DFP) waren anwesend. Neben diesen größeren Formationen wurde auch die Präsenz von Vertretern der deutschen rechtspopulistischen Regionalpartei ‚Pro Köln‘ respektive ‚Pro NRW‘ – Markus Beisicht, Judith Wolter und Markus Wiener – vermeldet. Außer ihnen nahmen ferner die bulgarische Ataka-Partei und, durch die diversen Presseaussendungen zunächst nicht näher bezeichnete, politische Kräfte „aus Italien, der Schweiz, Serbien und Russland“ an dem Treffen teil.

Im Anschluss präzisierte ein späteres Pressekommuniqué der veranstaltenden FPÖ dann: „Tomislav Nikolic bedachte aufgrund kurzfristiger Termine die Veranstaltung mit seinen Grußworten, Mag. Batinac vom Büro der Ministerpräsidenten der Republik Srpska war ebenso zugegen, wie der Russe Maxim Sechschenvko, Berater von Wladimir Putin.“ (Vgl. http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20090201_OTS0032&ch=politik) Tomislav Nikolic ist der Chef der rechtsextremen, ultranationalistischen „Serbischen Radikalen Partei“ SRS, die nicht nur einen gewissen Jürgen Elsässer zu ihren Freunden und ideellen Unterstützern zählt, sondern auch u.a. 1997 und 2000 dazu eingeladen war, Gäste zu den Parteitagen des französischen FN zu entsenden. Wo ihre Vertreter allerdings nicht auftauchten, da der damalige SRS-Chef Vojslav Seselj als Kriegsverbrecher von Interpol und vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag gesucht wurde – später wurde er auch verhaftet und nach Den Haag überstellt, die ihm vorgeworfenen Kriegsgräuel sind reell.

Auch durch die österreichische FPÖ unter Heinz-Christian Strache werden die serbischen Ultranationalisten inzwischen äußerst zuvorkommend behandelnd, denn wie auch die französische extreme Rechte (in ihren Mehrheit, ein ultrakatholischer Minderheitsflügel ist vorwiegend pro-kroatisch) hat sich auch die FPÖ inzwischen auf eine Linie eingeschossen, die da lautet: „Das Kosovo ist und bleibt serbisch“. Es gelte ihrer Auffassung nach, den serbischen Nationalismus gegen die, von den kosovo-albanischen Nationalisten am 17. Februar 2008 offiziell proklamierte, Unabhängigkeit des Kosovo als vermeintlichem „neuem Moslemstaat mitten in Europa“ zu unterstützen.

Am Abend des bisher größten Wahltriumphs der österreichischen extremen Rechten (FPÖ und BZÖ vereint), bei der Nationalratswahl vom 24. September 2008, trat H-C. Strache symbolisch mit einem – laut eigenem Bekunden – „orthodoxen Armband“ (sic) aus Serbien vor die versammelte Presse. Die „Republika Srpska“, welche die FPÖ anscheinend noch nicht einmal richtig schreiben kann, da ihr das „a“ fehlt, ist die separatistische Einheit, die durch die serbischen Nationalisten innerhalb Bosniens-Herzegowinas ausgerufen worden ist.

Zum Abschluss der Zusammenkunft besuchten die Beteiligten den, in Österreich aufgrund rechtsextremer Tendenzen und teils offener Nazisympathien umstrittenen, „WKR-Ball der studentischen Verbindungen“ in der Wiener Hofburg.

Neue Strategie

Geändert hat sich offenkundig die Taktik, mit der die vereinigten Rechtsextremen in die kommende EP-Wahl ziehen möchten. Als strategisches Ziel angestrebt wird nicht länger die Bildung einer eigenen gemeinsamen Fraktion, sondern die Aufnahme in die bereits bestehende, größere Parlamentariergruppe „Union für ein Europa der Nationen“. In dieser sind derzeit 44 von insgesamt 785 Abgeordneten des EP Mitglied. Ihr gehören bislang solche Parteien an, die zwar weit rechts stehen, aber anders als etwa zumindest Teile des französische Front National oder der österreichischen FPÖ nicht in einer pro-faschistischen oder Pro-Nazi-Tradition angesiedelt sind. Zu den ihr angeschlossenen Parteien zählen etwa die beiden Mitgliedsformationen der italienischen Regierungskoalition, Alleanza Nazionale – die mit ihrer offen faschistischen Herkunft offiziell gebrochen hat – und Lega Nord. Aus Polen zählen sowohl die populistische Bauernpartei Samoobrona als auch die antisemitische „Liga der polnischen Familien“ zu der Fraktion, in der ferner mehrere Parteien aus den drei Ländern des Baltikum und die konservative Großpartei ‚Fianna Fail‘ aus Irland sitzen.

Der Europa-Abgeordnete der dänischen DFP (Dansk Folkeparti), Morgens Camre, hat den in Wien Versammelten seine Hilfe bei der Aufnahme in diese Fraktion zugesichert. Ihr gehört auch seine Partei an, die in Dänemark ab 2001 mehrere Jahre lang die konservativ-liberale Regierung als parlamentarische Mehrheitsbeschafferin – im „Tausch“ gegen eine drastische Verschärfung der Einwanderungs- und Asylgesetze – stützte.

BZÖ außen vor?

Unglück allerdings für die frühere Partei Jörg Haiders, das „Bündnis Zukunft Österreichs“ (BZÖ), das sich im Jahr 2005 von der – aktuell stärker extremistisch orientierten – FPÖ abgespalten hatte: Noch im Mai 2007 hatte das BZÖ, nach einem Zusammentreffen zwischen seinem Klubobmann (Fraktionschef) Peter Westenthaler und dem Fraktionsvorsitzenden der Lega Nord im italienischen Parlament – Roberto Maroni – in Rom angekündigt, zukünftig gemeinsam mit der Lega in deren Fraktion im EP sitzen zu wollen. Jedenfalls wenn es denn in der nächsten Legislaturperiode auf den Parlamentsbänken in Strasbourg nehmen könnte, wo es im Augenblick nicht vertreten ist. (Vgl. http://www.politikportal.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20070530_OTS0165) Noch allerdings kann das BZÖ, das fast nur noch in Kärnten wirklich stark ist, nicht versichert sein, überhaupt in das kommende Europäische Parlament einzuziehen. Und falls ihm dies gelingt (immerhin erhielt es über 10 Prozent der Stimmen bei der letzten österreichischen Nationalratswahl im September 2008), so hat ihr die Konkurrenz von der – „radikaleren“ aber stärkeren – FPÖ jetzt ein Schnippchen geschlagen. Denn wer zuerst kommt, malt vermutlich zuerst.

Bernhard Schmid, Paris ■

Geschichtsrevisionismus setzen, dass sie zu ihrer eigenen Sicherheit nicht am Hauptbahnhof aussteigen? Dafür hat das Ordnungsamt eine einfache Lösung. Die Verantwortung der Gefahrenabwehr, Zusammenstöße und Verletzungen durch Nazis zu vermeiden, schiebt das Ordnungsamt in seinem Schreiben tatsächlich auf das „No pasarán"-Bündnis. So heißt es, dass in Zeiten modernster und schnellster Kommunikation ein Umlenken der Anhängerschaft möglich sei. Nach Ansicht des Ordnungsamtes Dresden dürfe man eben keine Anreisebahnhöfe bewerben. Auch wenn das Ordnungsamt immer wieder betont, dass eine Einigung erzielt werden solle; gemeint ist damit nur, dass sich die Antifas dem Gebot des Amtes fügen sollen.

„Das Ordnungsamt hat den Kampf noch nicht gewonnen. Jetzt beginnt Runde 2. Wir ziehen vor das Verwaltungsgericht." So Heike Schneider, Sprecherin des „No pasarán"-Bündnisses.

Unterdessen ist das „No pasarán"-Bündnis durch das Ordnungsamt Dresden noch vor eine ganz andere Schwierigkeit gestellt. Das Amt verschleppt das Verfahren und verzögert damit den Klageweg, indem es bisher nur einen Vorbescheid verschickt hat. „Es ist zu erwarten, dass das Ordnungsamt sich mit der Verschickung des endgültigen Auflagenbescheids bis kurz vor dem 14. Februar Zeit lässt. Damit soll ein Klagen vor dem Verwaltungsgericht erschwert werden. Aber auch darauf sind wir vorbereitet." so die Pressesprecherin Heike Schneider.

Es bleibt weiterhin spannend. Das „No pasarán"-Bündnis kündigt derweil an, dass es bis zur letzten Instanz geht, wenn es nötig ist. *No pasarán Dresden* ■

Infos unter: http://dresden1302.noblogs.org/



Heppenheim: 250 auf den Socken gegen Nazistrukturen

Am 31.1.2009 fand in Heppenheim eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto „Das Ende der rechten Gewalt – Nazistrukturen offen legen" statt. Dem Aufruf der Antifa Bensheim folgten 250 Menschen. Die Demonstration richtete sich insbesondere gegen ortsansässige Nazikader. Diese fielen immer wieder bei Gewalttaten auf. Die im „Aktionsbüro Rhein-Neckar" organisierten Rechtsextremen waren z. B. bei einem Angriff auf eine Informationsveranstaltung über regionale Neonazistrukturen im Dezember 2008 in Ludwigshafen und an einem Überfall auf den „US-Shop" in Mannheim am 17.1. beteiligt. Und erst am Montag, den 26.1.2009 musste eine Gruppe, die in Heppenheim Flyer für die Demo am Samstag verteilte, vor angreifenden Neonazis flüchten. Die Demonstration, von einem großen Polizeiaufgebot begleitet, zog durch die Heppenheimer Vororte. Anwohner/innen wurden durch Redebeiträge und Flugblätter über das Anliegen der Teilnehmer/innen aufgeklärt.

aus Kommunal-Info Mannheim 3-2009 ■

NPD-Parteitag in Erfurt verhindern

ERFURT, 5.2.2009: Die „Antifaschistische Koordination Erfurt" [ake] fordert die Stadt Erfurt auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um den für Ende März angekündigten Bundesparteitag der NPD in Erfurt frühzeitig zu verhindern. Ulli Klein, Sprecherin der [ake]: „Die Stadt Erfurt muss alle rechtlichen Register ziehen, um der Neonazipartei die Nutzung der Thüringenhalle zu verweigern. Zivilcourage endet nicht vor den Toren des Rathauses!"

Der anstehende NPD-Bundesparteitag ist für die weitere Entwicklung der NPD maßgeblich, da die Partei derzeit um die Frage des Vorsitzes streitet und sich auf das Superwahljahr 2009 vorbereitet. Ulli Klein kommentiert: „Jede Niederlage für die NPD schwächt die Partei derzeit nachhaltig. Wer dieses Jahr Wahlerfolge der Nazis verhindern will, hat bereits jetzt die Möglichkeit, ihnen kräftig in die braune Suppe zu spucken."

Sollte es jedoch zur Vermietung der Erfurter Thüringenhalle an die NPD kommen, kündigt die Antifaschistische Koordination bereits jetzt breiten Widerstand gegen den Parteitag an: „Wir werden eine Neonazi-Veranstaltung in Erfurt nicht unkommentiert lassen. Wir rufen alle Menschen auf, sich mit ihren Mitteln gegen den Bundesparteitag und alle anderen Wahlkampfauftritte der Nazis zu stellen. Der antifaschistische Widerstand in Erfurt am 1. Mai 2007 gegen die NPD und die effektiven Proteste gegen das ‚Fest der Völker' in Jena sind Vorbild!"

Antifaschistische Koordination Erfurt [ake] ■

Bundesprüfstelle hat viel zu tun

BERLIN. Auf Anfrage der Abgeordneten Petra Pau (DIE LINKE.), wie viele rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Schriften, Bücher, CDs, Filme/DVDs und Tonträger in 2008 indiziert worden sind, antwortete die Bundesregierung mit erschreckend hohen Zahlen: 12 Schriften und Bücher, 100 Tonträger sowie 2 DVD/Video/CDs wurden aufgrund von Verherrlichung oder Verharmlosung des Nationalsozialismus und/oder Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges und/oder aufgrund rassistischer Inhalte von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert. Die Liste ist über das Abgeordnetenbüro erhältlich. *www.petrapau.de* ■

Prozessauftakt gegen fünf Neonazis

CHEMNITZ. Am Amtsgericht Chemnitz wurde am 29. Januar das Verfahren gegen fünf Neonazis eröffnet, die am 17.7.2008 auf ihrem rechtsextremen Streifzug in Rochlitz gewalttätige Übergriffe begingen. Der Plan, welche Ziele anzugreifen wären, wurde in Mittweida am Schwanenteich gefasst. Nachdem sie sich u. a. mit Sturmmasken, Handschuhen, Eisenstangen und Reizgas versorgten, steuerten die Neonazis von hier aus zunächst den Rochlitzer Punkertreff „Schmiede" an und setzten diesen mittels Molotowcocktails in Brand. Danach fuhren sie gezielt zur Wohnung eines Rochlitzer Punks, verschafften sich gewaltvoll Eintritt und griffen ihn sowie seine Gäste mit Zaunlatten und CS-Gas an. Während der Verhandlung konnten die aus Mittweida (3), Geringswalde und Frankenberg stammenden Angeklagten auf starke Unterstützung aus ihren Reihen zählen. Das Publikum im Gerichtssaal war rechtsextrem dominiert, so zeigte auch Tom W., der vermeintliche Rädelsführer der verbotenen Neonazikameradschaft „Sturm 34", Präsenz. Die Verhandlung wird im Februar fortgesetzt.

aus PM der Opferberatung Chemnitz, Hilfe für Betroffene rechtsextremer Gewalt ■

V-Leute in der NPD abschalten

Endlich Voraussetzung für ein Verbot schaffen!

Angeblich sind Spitzel und Zuträger in den Reihen der NPD unverzichtbar, um die Partei ausreichend beobachten und bekämpfen zu können – so u.a. Bundesinnenminister Schäuble. Aber: diese Zuträger beteiligen sich an der antisemitischen Hetze und sie haben ein erfolgreiches Verbotsverfahren verhindert. Für ein erfolgreiches Verbotsverfahren müssen sie endlich abgezogen werden. Gerade die SPD macht sich an dieser Stelle extrem unglaubwürdig – einerseits fordert sie das Verbot, andererseits will sie die V-Leute nicht abziehen.

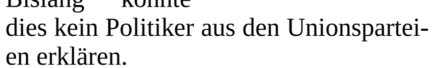


Wir dokumentieren die Rede von Ulla Jelpke (DIE LINKE.) auf der 202. Sitzung des 16. Deutschen Bundestages, auf der die abschließende Beratung und Abstimmung zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.: V-Leute in der NPD abschalten (Drucksachen 16/9007, 16/11731) stattfand:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren,

Die V-Leute des Verfassungsschutzes innerhalb der Gremien der NPD seien unverzichtbar, um Erkenntnisse über das Innenleben der rechtsextremen Partei zu gewinnen – so behaupten es Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und die Landesinnenminister aus den Unionsparteien.

Ich frage mich: Wo tragen denn die V-Leute zur Aufklärung bei? Wo wurden Naziananschläge durch V-Leute verhindert? Bislang konnte dies kein Politiker aus den Unionsparteien erklären.



Gewiss ist vielmehr: Spitzel des Verfassungsschutzes agieren als staatlich bezahlte Nazi-Hetzer, die oft genug zu einer ideologischen und organisatorischen Verfestigung der rechtsextremen Szene beitragen.

Gewiss ist weiterhin: an der Durchsetzung und teilweisen Führung der NPD durch Verfassungsschutzagenten scheiterte das erste Verbotsverfahren im Jahr 2003, aus dem die faschistische Partei so gestärkt hervorging. Das Bundesverfassungsgericht konnte nicht unterscheiden, welche der rassistischen, antisemitischen und volksverhetzenden Äußerungen direkt aus der NPD stammten und welche von den Agenten des Verfassungsschutzes innerhalb der Partei.

Gewiss ist auch: Bis heute stellt die Anwesenheit von V-Leuten in der NPD das größte Hindernis für ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD dar. Die staatlichen Agenten in der NPD sind zu Garanten für die Legalität einer offen verfassungswidrigen Partei geworden. Das ist ein untragbarer Zustand, der schnellstens beendet werden muss!

Sie, Herr Kollege Edathy von der SPD, bezeichneten unseren Antrag gegenüber der Presse als „polemisch und undifferenziert." Das entspricht leider der Linie Ihrer Partei, die bislang immer gegen entsprechende Anträge der Fraktion DIE LINKE gestimmt hat. Einen eigenen Antrag zum Abzug der V-Leute haben Sie freilich bisher nicht eingebracht.

Was die Sozialdemokraten hier betreiben ist bewusste Wählertäuschung. Nach außen geben Sie sich als Verfechter eines NPD-Verbots. Doch Sie sind nicht bereit, die vom Bundesverfassungsgericht dafür ausdrücklich benannte Grundbedingung zu erfüllen und die V-Leute abzuziehen. Das nenne ich heuchlerisch.

Auch die Kolleginnen und Kollegen der Grünen müssen heute zeigen, wie viel von ihrem antifaschistischen Image zu halten ist, das sie in der Öffentlichkeit zur Schau tragen. Im Innenausschuss haben Sie sich zu unserem Antrag enthalten. Jetzt haben Sie die Chance, öffentlich Farbe zu bekennen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus vor zwei Tagen haben Vertreter aller Bundestagsfraktionen salbungsvolle Worte über die Notwendigkeit des Kampfes gegen Rechtsextremismus gesprochen. Lassen Sie diesen Worten endlich Taten folgen! Ziehen Sie die Geheimdienstspitzel aus der NPD ab – als Voraussetzung und ersten Schritt für ein Verbot der NPD.

Ein Verbot der NPD würde die Hauptkraft im rechtsextremen Lager von der staatlichen Parteienfinanzierung abschneiden. Und in der Öffentlichkeit würde deutlich gemacht: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. ■

Antifaschisten aus NRW trafen sich am Beginn des Superwahljahres

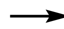
WUPPERTAL. Weit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen am Samstag, 7.2. in Wuppertal zusammen, um unter dem Motto „Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente" Erfahrungen auszutauschen und über zukünftige Strategien im Kampf gegen den Neofaschismus zu diskutieren. Zu Beginn sprachen die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen für die Partei Die Linke, als Vertreter des DGB in NRW der pädagogische Leiter der DGB Jugendbildungsstätte Marc Neumann, Professor Dr. Wolfgang Dressen von der Fachhochschule Düsseldorf, die Landtagsabgeordnete Monika Düker von Bündnis 90/die Grünen und ein Vertreter des Antifa KOK Düsseldorf und Umland über die Herausforderungen durch die Kandidaturen neofaschistischer Parteien bei den zahlreichen Wahlkämpfen. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass Wahlparteien der äußersten Rechten nur eine der vielen Zumutungen für die Demokratie bedeuten. Der Rassismus in und aus der Mitte der Gesellschaft stellt den immer neuen Nährboden für die Neonazis dar. Raja Bernard schlug für die DKP die Zusammenarbeit gegen Nazis im Wahljahr vor.

Erste Materialien für ein antifaschistisches Eingreifen in die Wahlkämpfe – Plakate, Flugblätter und Aufkleber – sowie für eine Kampagne „Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente" wurden vorgestellt.

Am Nachmittag fanden 5 Arbeitsgruppen zu Themen und Fragestellungen wie „Die Pro-Bewegung als Erben der Republikaner", „Militante Nazi-Strukturen im Umbruch", „Wem nutzen Neonazis?", „Antifaschistische Arbeit in lokalen Bündnissen" sowie „Außenpolitische Zuspitzung und Kriegführung" statt. In den Arbeitsgruppen wurde kontrovers, aber konstruktiv um die besten Lösungen gestritten.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sowie eingereichte Statements aus der Podiumsdiskussion werden in einem Reader zusammengefasst. Der Reader kann bei der VVN-BdA in NRW bestellt werden.

Zum Abschluss der Konferenz brachte der Leiter der Versammlung Kurt Heiler das völlige Unverständnis gegenüber dem Bundesverfassungsgericht zum Ausdruck. Die Entscheidungen des BVG erlauben den Neonazis immer wieder, ihre Aufmärsche durchzuführen. Die Polizeipräsidenten werden gezwungen, die Provokation der Neonazis auch noch zu schützen.



Die NRW-Landesregierung ging jetzt noch einen Schritt weiter und wies die Polizeipräsidenten an, den Neonazis um jeden Preis den Weg freizumachen, auch wenn dadurch ganze Stadtteile für die betroffene Bevölkerung abgesperrt werden. Dabei setzt sich die Landesregierung in offenen Gegensatz zu Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichtes von NRW in Münster.



Die Versammlung war sich einig, dass jedes Auftreten der Neonazis entschiedenen Widerstand hervorrufen muss. Eine Legalität des Wirkens neofaschistischer Gruppen wurde unter Hinweis auf das Grundgesetz bestritten. Eine Mehrheit sieht im Verbot der NPD und anderer neofaschistischer Gruppen eine Möglichkeit, die Handlungsspielräume der Neonazis einzuschränken, eine bedeutende Minderheit der Anwesenden findet andere Auseinanderansetzungsmöglichkeiten wichtiger. Gemeinsam war allen, dass sie den Einzug von Neonazis oder anderen Rassisten in die Parlamente verhindern wollen. Dabei gilt es, das Trennende zwischen den verschiedenen antifaschistischen Gruppen zu beachten, aber das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen.

Koordinationsgruppe zur Vorbereitung der 28. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW, c/o VVN-BdA NRW, vvn-bdanrw@freenet.de ■

Krise des Front National

Der „Rot-Braune“ Alain Soral verlässt Türe knallend den FN

Der „Rot-Braune“, frühere Linke und antisemitische Hetzer Alain Soral hat den Front National verlassen. Türe knallend. Am Montag, den 2. Februar kündigte Soral den Austritt aus der rechtsextremen Partei an. Zuvor hatte der FN in der Hauptstadtregion Île-de-France (Großraum Paris) entschieden, ihn nicht als Spitzenkandidat in der Region zur Europaparlamentswahl am 7. Juni 2009 zu nominieren.

Die Spitzenkandidatur ging stattdessen an Jean-Michel Dubois, einen langjährigen FN-Politiker, der schon 1984 als Leiter des damaligen parteinahen Unternehmerverbands – der Struktur ‚Entreprise moderne et liberté’ (FNEML) – in Erscheinung getreten war. Das politische und ideologische Profil der beiden Herren ist durchaus sehr unterschiedlich: Dubois steht eher für eine mittelstandsorientierte und tendenziell wirtschaftsliberale, klassisch-reaktionäre Linie. Der Berufsprovokateur Alain Soral, der 1993 der französischen KP den Rücken kehrte, ist hingegen stark um ein Verwischen der Grenzen zwischen Links und Rechts bemüht. Er tritt für ein hohes Ausmaß an Sozialdemagogie, einen unverhohlenen Antisemitismus und eine stark von außenpolitischen Themen (mit einer eher „antiwestlichen“ Stoßrichtung, besonders gegen die USA und Israel) dominierte Profilierungsstrategie ein. Alain Soral soufflierte der FN-Führung aber im Präsidentschaftswahlkampf 2006/07 auch eine Orientierung, die auf die Integration von Franzosen migrantischer Herkunft in die beschworene nationale Schicksalsgemeinschaft abzielte.

Alain Soral leitete dieses Herangehen aus seinem eigenen Erfolg dabei, den Komiker, Theatermacher und früheren Antirassisten Dieudonné M’bala M’bala an den FN heranzuführen, ab. Der schwarze Franzose Dieudonné, der früher zeitweise bei den Grünen hospitiert und sich gegen den FN engagiert hatte, hat sich seit 2003 in einen wüsten Antisemitismus – vor dem Hintergrund einer „Opferkonkurrenz“ zwischen „Nachfahren der Opfer der Sklaverei“ und Juden, die an den Holocaust erinnern – hineingesteigert. Alain Soral ist es gelungen, Dieudonné von November 2006 bis Januar 2009 zu mehreren gemeinsamen Auftritten mit Spitzenpolitikern des FN (unter ihnen Jean-Marie Le Pen) zu bewegen. Jean-Marie Le Pen ist seit Juli vergangenen Jahres auch der Taufpate von Dieudonnés kleiner Tochter, Plume.

Das Auftreten des Gespanns Alain Soral/Dieudonné hat aber viele traditionelle FN-Wähler, die ihre Partei mit diesem (aus ihrer Sicht „linken“) Profil nicht wieder erkennen konnten, abgeschreckt und bei den Wahlen von 2007 zur Stimmabgabe für den „zuverlässigeren“ Sarkozy veranlasst. Seinen Austritt gab Alain Soral auch in Anwesenheit von Dieudonné, der ihn am Abend des 2. Februar als Stargast in sein Theater im 11. Pariser Bezirk einlud, bekannt. Seinen siegreichen Rivalen Dubois, der ihn beim Ringen um die Spitzenkandidatur in der Ile-de-France ausgestochen hat, bezeichnete Soral als „Schwachkopf, Stotterer und ‚Atlanto-sioniste‘ (Anm.: also Unterstützer der US-amerikanischen und israelischen Politik)“. Er griff zugleich auch Marine Le Pen, die „unfähig zur Eroberung und Ausübung der Macht“ sei, scharf an. Zur Durchsetzung ihrer Linie habe sie „alle wahren Systemoppositionellen, ob sie nun zur wertverbundenen Rechten oder zur wahren sozialen Linken zählen, ausschalten müssen“. Jean-Marie Le Pen hingegen warf Soral vor, er sei nur sauer, weil er sich vergeblich um einen „Platz am Fressnapf“ – in Gestalt eines lukrativen Mandats im Europaparlament – bemüht habe.

Einen französischen Rechtsextremen, der tatsächlich für eine Annäherung an die US-amerikanische und israelische Rechte eintritt, hat unterdessen die „Dissidentenfraktion“ des FN in der Ile-de-France neu integriert. Es handelt sich um Jean-François Touzé, der seit September 2008 seinen eigenen Verein unter dem Namen ‚Nouvelle Droite Républicaine‘ (NDR, Neue Republikanische Rechte) gegründet hatte. Die NDR unterstützte die Kandidatur von John McCain bei den US-Präsidentschaftswahlen und zollte den israelischen militärischen Angriffen auf Gaza Applaus. In der letzten Januarwoche spaltete sich die Fraktion des FN im Regionalparlament der Hauptstadtregion, aufgrund der Opposition vieler alter Kader gegen die „Modernisiererin“ Marine Le Pen.

Unter Anführung der uralten FN-Funktionärin Martine Lehidieux (Witwe eines früheren hohen Vichy-Regimefunktionärs) und des Mittvierzigers Martial Bild – bis vor kurzem Leiter der Parteisektion Paris des FN – gründete sich Ende Januar die Parlamentariergruppe ‚Nationaux et indépendants‘ (National und unabhängig) neu, als Abspaltung von der FN-Fraktion. Ihr gehören sechs Abgeordnete an, dadurch verbleiben der bisher 15köpfigen FN-Fraktion noch neun. In ihre Reihen wurde auch Jean-François Touzé aufgenommen.

Dies führte zu heftigen Angriffen auf ihn auf der Webpage der „Nationalisten für Carl Lang“ – dieser frühere Generalsekretär des FN bemüht sich darum, Listen von rechtsextremen „Dissidenten“ gegen jene des FN in Nordfrankreich und auch in der Ile-de-France aufzustellen. Dort wird „Touzé, der Zionist“ für seine ideologischen und außenpolitischen Positionen attackiert.

BhS, Paris ■

Hannover. Beim letzten Aktionstreffen im Januar einigten sich die anwesenden ca. 100 Personen (Vertreter/innen von Antifagruppen, attac, Jugendorganisationen, Parteien, kirchlichen Einrichtungen, VVN, Gewerkschaften) auf den nachstehenden gemeinsamen Aufruf:

1. Mai 2009, Hannover – bunt statt braun! Keinen Meter – Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch!

Am 1. Mai 2009 wollen in Hannover Neonazis der „Freien Kameradschaften" mit der NPD aufmarschieren. Sie wollen den Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung dazu nutzen, um ihr faschistisches Gedankengut zu verbreiten.

◗ Sie reden von „Überfremdung" und hetzen gegen alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen.

◗ Sie geben sich als Vorkämpfer für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus und tarnen dabei nur ihren Hass auf Demokratie und Andersdenkende.

◗ Sie werben mit dem Schlagwort eines „Nationalen Sozialismus" und meinen dabei eine faschistische Diktatur.

◗ Sie verherrlichen den Nationalsozialismus und seine Verbrechen.

Tagtäglich werden Menschen in Deutschland Opfer rechter Gewalt. Für die Zunahme rechtsextremistischer Straftaten sind die „Freien Kameradschaften" maßgeblich verantwortlich.

Über 1.000 ihrer Anhänger und Anhängerinnen haben sich dieses Jahr am 1. Mai für Hannover angekündigt. Diese Provokation nehmen wir nicht tatenlos hin! Wir stehen für eine weltoffene, demokratische und solidarische Gesellschaft. Der extremen Rechten und ihren Ideologien erteilen wir eine klare Absage. Wir zeigen Zivilcourage, wir bekämpfen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Wir rufen alle Menschen auf, gemeinsam mit uns friedlich gegen den Naziaufmarsch zu protestieren und zu demonstrieren.

Lasst uns den Naziaufmarsch verhindern!

(Fassung vom 15.1.2009)
Bündnis gegen den Naziaufmarsch, c/o DGB Niedersachsen-Mitte

Derzeit laufen die konkreten Vorbereitungen. Neben dem Bündnis gibt es Stadtteilinitiativen, die Aktionen planen und mobilisieren. Dies trifft besonders auf den Stadtteil Linden zu, wo die Nazis hinmarschieren wollen. Bereits im November 2008 demonstrierten 1.200 Menschen in Linden, sie forderten das Verbot des Nazi-Aufmarsches am 1. Mai 2009.

1. Mai 2009, Hannover:
bunt statt braun
Keinen Meter – Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch!

Zur Demonstration hatte das Lindener Aktionsbündnis gegen Nazis aufgerufen, ein Netzwerk aus Parteien, Vereinen, Initiativen und vielen Einzelpersonen. Viele Rednerinnen und Redner, so auch Manfred Böttcher vom ver.di Bezirk Hannover, riefen die Lindener Bevölkerung auf, es nicht zu akzeptieren, dass Neonazis am 1. Mai durch Hannover und Linden marschieren wollen und sich ihnen in den Weg zu stellen.

1. Mai 2009, Hannover

- **Kundgebung und Demonstration, 10:30 Uhr, Klagesmarkt**
- **Umzingelung, 11:00 Uhr**
- **Fest für Demokratie, 12:00 Uhr, Klagesmarkt**



Demonstration in Linden gegen den geplanten Naziaufmarsch am 1. Mai

Auf der Internetseite der Faschisten ist derzeit zu lesen:

„Am 1. Mai 2009 in Hannover! Nationale Sozialisten und deutsche Volksgenossen versammeln sich um 12 Uhr am ZOB / Hauptbahnhof Hannover. Abmarsch von dort mit Liedern und Fahnen ist um 13 Uhr.

Deutsche, gedenkt der Bedeutung dieses historischen Tages der Arbeit, sorgt Euch nicht um eure Selbstdarstellung, sondern um Eure Verpflichtung, die Ihr einer späteren Nachwelt gegenüber besitzt! Es lebe das Vaterland!

nationale Sozialisten aus Norddeutschland."

Gegen den DGB wird gehetzt:

„Weltwirtschaftskrise, Lohndumping und Massenarbeitslosigkeit, was tut der DBG? Er möchte seine 1. Mai-Veranstaltung 2009 in Hannover „deutlich antifaschistisch" ausrichten. Jeder setzt halt seine eigenen Prioritäten, nur sollte der DGB nicht annehmen, dass solche Aktivitäten seine Glaubwürdigkeit erhöhen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben längst erkannt, dass der DGB zum Vasallen des Kapitalismus mutiert ist und seinen Aufgaben nicht mehr nachkommt. Deshalb hat der DGB seit 1994 1,7 Millionen Mitglieder verloren, während von den verbleibenden 4,3 Millionen 24 Prozent als „austrittswillig" beschrieben werden. Unsere Demonstration wird nicht nur ein kraftvolles Zeichen gegen Kapitalismus und Ausbeutung setzen, sondern auch dem DGB die Maske vom Gesicht reißen, wenn es durch Hannovers Straßen schallt: DGB – Arbeiterverräter!"

Als Aufrufer für die geplante Faschistendemonstration sind aufgeführt:

AB-Norddeutschland, AB-West, AG Wiking Mecklenburg (E-Post), AG Wiking Wilhelmshaven, Aktionsgruppe Delmenhorst, Aktionsgruppe Rheinland, Aktionsgruppe Ruhr-Mitte, autonome Nationalisten aus Ahlen, autonome Nationalisten aus Ostfriesland, autonome Nationalisten aus Wolfenbüttel / Salzgitter, autonome Nationalisten aus Ammerland, autonome Nationalisten aus Wunstorf, Autorenkollektiv nationaler Sozialisten aus Hannover (E-Post,) BfZ Hildesheim, BfZ Schaumburg, BfZ Wolfsburg, Burschenschaft Thormania, Christian Worch, Demosanis, Düütsche Deerns (E-Post), freie Kräfte aus Altmark West, freie Kräfte aus Bremen, freie Kräfte aus Hannover (E-Post, freie Kräfte aus Osterholz (E-Post), freie Kräfte aus OWL, freie Kräfte aus Potsdam, freie Kräfte aus Reichenbach / Vogtland (E-Post), freie Kräfte aus Schaumburg, freies Netz Chemnitz, freier Widerstand Bergisches Land, GdF, JN Lüneburg, JN Potsdam, Kameradschaft 73 Celle, Kameradschaft Waldhessen, Märkische Aktionsfront, Nationales Forum Rheinland, nationale Sozialisten aus Buxtehude & Stade (E-Post), nationale Sozialisten aus Oldenburg, nationaler Widerstand aus Berlin-Brandenburg, nationaler Widerstand aus Hildesheim, nationalrevolutionäre Gruppe an der Uni Hannover (E-Post), NPD-Kreisverband Osterode, NPD-Unterbezirk Göttingen, NPD-Unterbezirk Hannover, NPD-Unterbezirk Oberweser, NPD-Unterbezirk Oldenburg., NPD-Unterbezirk Stade, NPD Verden, Ordnungsdienst Hamburg (E-Post), Snervern Jungs.

bee ■

„Wer nur ein Leben rettet, rettet die ganze Welt…“

Köln. Mit diesen Worten aus dem Talmud eröffnete Pfarrer Mathias Bonhoeffer dieses Jahr die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus anlässlich der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar. Das Gedenken in der Antoniterkirche ist inzwischen zu einer festen Institution in Köln geworden und so war diese – wie auch schon die letzten Jahre – sehr gut gefüllt und etwa 250 Menschen waren gekommen.

Die VeranstalterInnen legen den Fokus jedes Jahr auf eine andere Gruppe von Menschen, die im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden.

Dieses Jahr ging es unter dem Motto „Es gab sie, die Helfer, die Mut zur Zivilcourage hatten“ um all diejenigen, die trotz aller Gefahren Verfolgten halfen. Dies taten sie auf unterschiedlichste Weise: Sie organisierten ihnen Schlafplätze und Nahrung, sie warnten sie vor Kontrollen, sie fälschten Dokumente oder richteten „kriegswichtige Arbeitsplätze“ ein.

Auch in Köln gab es solche „stillen Helferinnen und Helfer“. Das belegten ZeitzeugInnen an diesem Abend sehr eindrücklich.

Alexander Groß konnte die Geschichte des Kölner Priesters Hans Valks berichten, der sich bis zuletzt mutig und teilweise seiner Obrigkeit zum Trotz für dessen Familie einsetzte. Nikolaus Groß, der Vater von Alexander, wurde als Widerstandskämpfer im Januar 1945 ermordet.

Für Kölnerinnen und Kölner sehr interessant war auch die Geschichte, die Grünen-Politikerin Anne Lütkes zu erzählen wusste. Schließlich handelt es sich bei den Menschen, denen ihre Tante und ihre Mutter, beide jüdischer Herkunft, ihr Leben zu verdanken haben, um die in der Stadt wohl allen bekannte Familie Neven DuMont.

Dies veranlasste auch den Kölner Stadtanzeiger dazu, dieses Jahr sehr viel ausführlicher über die Gedenkveranstaltung zu berichten als früher. Hoffentlich wird auch das in Zukunft Tradition, denn so viel Mut, wie dort geschildert wurde, verdient so viel Aufmerksamkeit.

Wie auch die beiden vorherigen RednerInnen nutzte Hartmut Unger die Gelegenheit den Retterinnen und Rettern seiner Familie zu danken. Ohne sie hätte vor allem sein Vater, der in St. Alban versteckt wurde, nicht überlebt. Viele von ihnen nennt er nicht einmal namentlich. Sie stehen stellvertretend für all die Nicht-Genannten und Unbekannten, die „stillen“ Helferinnen und Helfer eben.

Mit dem letzten inhaltlichen Beitrag wurde schließlich die Brücke ins Heute geschlagen. Es wurde auf die Situation in Deutschland lebender illegalisierter Menschen hingewiesen, am Beispiel der Geschichte einer jungen Kurdin, die es auch vielen HelferInnen zu verdanken hat, dass sie mehrere Male ihrer Abschiebung entkommen konnte. Dass es dabei nicht darum gehe sollte, die heutige Situation mit der der Jüdinnen und Juden unter dem NS-Regime zu vergleichen, sollte klar sein. Es zeigt aber, dass auch im Jahr 2009 Zivilcourage von Nöten ist, und dass es glücklicherweise Menschen gibt, die sie auch tatsächlich zeigen.





Wie die ZeitzeugInnen-Berichte, so war auch der kulturelle Teil der etwa 90 Minuten dauernden Veranstaltung sehr bewegend. Zur Einleitung in das Thema wurde eine Textcollage vorgetragen. Für die musikalische Untermalung sorgte das Markus-Reinhardt-Ensemble mit Klängen der Sinti und Roma.

Im Anschluss an die Veranstaltung schlossen sich viele dem Mahngang zu St. Alban an. Dort, vor einer Skulptur von Käthe Kollwitz, fand die Schlusskundgebung statt. Hier sprach Elfi Scho-Antwerpes als Vertreterin der Stadt Köln.

In ihrer Rede lobte sie den Mut der stillen HelferInnen und zeigte, dass es auch heute noch Zivilcourage gibt. Dabei erwähnte sie besonders die Arbeit der Schülerinnen und Schüler gegen Rechts.

„Erinnern – eine Brücke in die Zukunft“, diesem Motto wurde die Veranstaltung also auch dieses Jahr wieder gerecht.

Benjamin Wernigk ■

Erklärung der FIR aus Anlass des Auschwitz-Gedenktages

Der 27. Januar 1945 ist für die Menschheit ein historisches Datum. An diesem Tag wurden die verbliebenen Häftlinge des Vernichtungslager Auschwitz durch sowjetische Truppen befreit. Damit endete die Geschichte eines der schlimmsten Orte der faschistischen deutschen Vernichtungspolitik. urecht wurde dieses Datum von der Weltgemeinschaft zum Gedenktag für alle Opfer der faschistischen Verfolgung aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen gewählte.

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten begrüßt, dass seit vielen Jahren Regierungen und Initiativen der Zivilgesellschaft dieses Datum im Gedenken an die Opfer des Faschismus mit würdigen Veranstaltungen begehen.

Das Gedenken an den 27. Januar muss aber auch verbunden sein mit einem Nachdenken über die Wurzeln des Faschismus, über die Menschheitsverbrechen und die Täter sowie die politischen Konsequenzen für heute und morgen. Dabei ist es ebenso wichtig, dass auch die Überlebenden der faschistischen Verfolgung und die Widerstandskämpfer selber – soweit sie es noch können – Zeugnis ablegen.

Deshalb begrüßt die FIR ausdrücklich, dass die Präsidenten der Internationalen Lagerkomitees der Überlebenden ehemaliger Konzentrations- und Vernichtungslager am Vorabend dieses Tages ein „Vermächtnis“ an die nachgeborenen Generationen vorgestellt haben. Hierin fordern sie den Schutz der Erinnerung und der Gedenkorte. Sie appellieren an die Gesellschaft, sich in diesem Sinne zu engagieren.

Die FIR als Dachorganisation ehemaliger Widerstandskämpfer und Partisanen, Deportierter und Verfolgter sowie Antifaschisten der heutigen Generationen ist bereit, diese Verantwortung für die Bewahrung des Vermächtnisses zu übernehmen.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Für eine „neue Welt des Friedens und der Freiheit“!

Fédération International des Résistants (FIR) – Association Antifasciste Office, Berlin, Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär ■

Theologie der Unfreiheit

Die Leugnung der Shoah durch Richard Williamson haben die fast vergessenen Lefebvristen wieder in die Öffentlichkeit gebracht. Im Fokus steht dabei ihr Antisemitismus bzw. Antijudaismus.[1] Doch ihr Programm ist umfangreicher. Die politische Nähe der Lefebvristen zur extremen Rechten, insbesondere zur Front National in Frankreich ist in den AN 02/2009 dargelegt worden. Diese Betrachtung soll den Schwerpunkt auf ihre Theologie legen. Es ist eine Theologie der Unfreiheit, die sämtlichen, auch nur ansatzweise fortschrittlichen Bestrebungen innerhalb der katholischen Kirche nicht nur eine klare Absage erteilt, sondern sie verteufelt – und das ist wörtlich zu verstehen.

„Die Zeitbomben des II. Vatikanischen Konzils" ist eine programmatische Schrift des „Distriktoberen" für Deutschland Franz Schmidberger, die im Oktober 2008 veröffentlicht wurde und als Begleitschreiben an alle deutschen Bischöfe ging. Es handelt sich um eine der zentralen Schriften der Priesterbruderschaft St. Pius X. (lateinisch „Fraternitas Sacerdotalis Sancti Pii X.", kurz: FSSPX). Denn die FSSPX entstand aus der Gegnerschaft zu den Beschlüssen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965). Dessen Beschlüsse rückgängig zu machen, ist das zentrale Anliegen der FSSPX.

Gegen jegliche Ökumene

FSSPX wendet sich gegen das Ökumenismusdekret Unitatis redintegrati. *„Im Ökumenismusdekret des II. Vatikanums wird nun diesem wesenhaften Alleinvertretungs- und Absolutheitsanspruch der Kirche entscheidend Abbruch getan. Dort wird der verhängnisvolle Ausdruck ‚Kirchen' im Plural gebraucht, eine Sprachregelung, die es vor dem II. Vatikanum nie und nirgends gegeben hat."* (Zeitbomben, S. 4)

Für FSSPX gibt es nur eine Kirche: die katholische. Alle anderen Bekenntnisse sind „Irrtümer", mindestens: *„Es ist eine metaphysische Unmöglichkeit, dass der Irrtum ein Weg zum Reich der Wahrheit ist; es ist eine Ungeheuerlichkeit, ich möchte sagen eine Gotteslästerung, zu behaupten, man könne sich durch falsche, von Menschen gestiftete Religionssysteme retten."* (S. 5)

Antiislamismus und Antijudaismus

„Was sagt das Konzil über den Islam? ‚Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Moslems, die den alleinigen Gott anbeten, den Schöpfer des Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat.'‘ So geht es natürlich nicht. Für die FSSPX ist das *„ein großer Lobpreis (...) auf jene Religion, die unsere Väter mehrfach unter größtem Einsatz und dem Opfer ihres Lebens zurückgeworfen haben."* Das Kreuzfahrertum hat auch heute noch hohen Stellenwert in der FSSPX. So veranstaltet der deutsche Distrikt regelmäßig „Kreuzfahrerlager" für Jugendliche. Und mit großer Sorge sieht man, wie sich christliche Gemeinden für den Islam öffnen und die deutsche Bischofskonferenz sogar den Bau von Moscheen befürwortet. Was folgt, könnte in jeder NPD-Broschüre stehen: *„Was dem Islam im 16. und 17. Jahrhundert mit Waffengewalt nicht gelungen ist, das schafft er heute in der nachkonziliaren Ära auf friedlichem Wege. Er besetzt Europa. Frankreich wird überschwemmt von Arabern, Deutschland von Türken, England und Skandinavien von Pakistani. In England wird beispielsweise alle zwei Monate eine neue Moschee eröffnet."*

„Was sagt das Konzil zum Judentum? Für uns Deutsche handelt es sich hier ohne Zweifel um ein delikates Thema." (S. 11) Was den Herrn „Distriktoberen" aber nicht hindert, den uralten Kreuzfahrervorwurf des „Gottesmordes" in Richtung „der Juden" zu schleudern: *„sie (die Juden) sind vielmehr des Gottesmordes mitschuldig, so lange sie sich nicht durch das Bekenntnis der Gottheit Christi und die Taufe von der Schuld ihrer Vorväter distanzieren."* (S. 11)

Diese Äußerung hat den Zentralrat der Juden im Dezember 2008 schon zu einer scharfen Stellungnahme veranlasst. Vizepräsident Grauman sprach von „Giftmischerei".

Darüber hinaus wird in schlechtester Tradition christlicher Überheblichkeit die hebräische Bibel dem Judentum entrissen: *„Das gesamte Alte Testament ist von Gott eingerichtet worden zur Vorbereitung des Messias."* (S. 11).

Der antike Antisemitismus und die überwiegende Weigerung des Judentums, Jesus von Nazareth als „Messias" anzuerkennen, waren für das frühe Christentum Motive, sich von seinen Wurzeln zu lösen und zunehmend feindlich gegen das Judentum zu wenden. Demgegenüber standen die Aussagen des Alten Testaments, dass Israel das auserwählte Volk sei. So kamen die antiken Kirchenväter zu der These, der Bund Gottes mit Israel sei mit dem Tode Jesu gelöst. Dies findet sich selbstverständlich auch bei der FSSPX: *„Mit dem Kreuzestod Christi ist der Vorhang des Tempels zerrissen, der Alte Bund abgeschafft"* (S. 11).

Ebenso zerrissen will die FSSPX jeglichen jüdisch-christlichen Dialog sehen.

Gegen jegliche Demokratie

„In Lumen gentium wird nun gelehrt, es gebe eine doppelte Autorität in der Kirche, nämlich einerseits die Autorität des Papstes (daran wird im Augenblick noch festgehalten), andererseits die der Bischöfe in Verbindung mit dem Papst." (S. 8) Das Prinzip der bischöflichen Kollegialität ist für die FSSPX nichts anderes als die Untergrabung der Autorität des Papstes und habe weitreichende Konsequenzen in der Kirche. Nicht mehr der Pfarrer bestimme, sondern der Gemeinderat (also Laien). Kirche gehört offensichtlich für die FSSPX nicht den Gläubigen, sondern der „göttlichen Autorität". Und der „Sturz" der Autorität des Papstes habe weitreichende Konsequenzen gehabt: *„Die Zerstörung der Autorität des Papstes führt ohne Zweifel zur Zerstörung der Autorität im Staat, am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Familie. (...) Und so darf es uns nicht wundern, wenn seit Ende der Sechzigerjahre eine antiautoritäre Welle wie eine Sturzflut über unsere Länder hinwegrollt."* (S. 8)

Das Zweite Vatikanische Konzil als Ursprung der anti-autoritären Bewegungen; eine originelle Weltsicht. Gleichzeitig kommt hier zum Ausdruck, wie für die FSSPX göttliche Autorität und Vergötterung der Autorität unauflöslich zusammengehören.

Gegen die Religionsfreiheit und alle anderen Freiheiten

Das Zweite Vatikanische Konzil hat den Menschen das Recht auf Religionsfreiheit zugebilligt. Knapp 450 Jahre nach Luther, aber immerhin. Nicht jedoch mit der FSSPX! Da hört der Spaß auf. Nun will man die Menschen nicht zwangsweise dem Katholizismus zuführen. *„Doch etwas anderes ist es, im öffentlichen Bereich die Anhänger falscher Religionen daran zu hindern, ihre religiösen Überzeugungen durch öffentliche Kundgebungen, Missionierungsarbeit und Errichtung von Gebäuden für ihren falschen Kult in die Tat umzusetzen."* (S. 13) Es gäbe kein Recht auf Irrtum, nur die Wahrheit (also der katholische Glaube) hätte Rechte. Dies bezieht sich auch auf die ganze Gesellschaft:

„Wir fordern, dass Pornographie, Abtreibung, ja jedes öffentliche Laster gesetzlich verboten und die Übertretung dieser Gesetze entsprechend geahndet wird." (S. 13)

Die FSSPX kommt dann langsam zum Kern ihrer Ideologie. Sie zitieren aus den Dokumenten des Konzils: *„Es ist fast einmütige Auffassung der Gläubigen und der Nichtgläubigen, dass alles auf Erden auf den Menschen als sein Ziel und seinen Gipfel hinzuordnen ist."* Es folgt sofort der Widerspruch:

„Unser alter Katechismus gibt hier eine ganz andere Auskunft. Gleich in der ersten Frage: ‚Wozu sind wir auf Erden?' heißt es: ‚Wir sind auf Erden, um Gott zu erkennen, ihn zu lieben, ihm zu dienen und einst ewig bei ihm zu wohnen.'". (S.

→

14) Der Mensch hat sich komplett Gottes Willen, besser gesagt, das, was die FSSPX dafür hält, unterzuordnen, sein Leben danach auszurichten. Und wie sieht es damit aus? *„Wer ist dieser Mensch unserer Zeit? Es ist der sinnliche, gesetzlose, materialistische Mensch des 20. und 21. Jahrhunderts. Wir haben ihn längst verstanden, und genau dank diesem Verständnis lehnen wir seine Maxime ‚non serviam – ich will nicht dienen' restlos ab."* (S. 15)

In Bausch und Bogen wird der technische und wissenschaftliche Fortschritt der Menschheit abgetan: *„Indes bleibt der Mensch inmitten der Technik, der Naturwissenschaft und der Mathematik, was er ist, (...) ein von Gott restlos abhängiges Wesen, dazu noch von der Erbsünde schwer verletzt, der Erlösung bedürftig, die er nicht selber leisten kann und die schon gar nicht von der Technik kommt!"* (S. 15)

Welch ein Menschenbild. Aber man muss eben den Leuten einreden, sie seien schwach und hilflos, um ihnen den Glauben zu nehmen, sich selbst helfen zu können.

Aber einem in der „Erbsünde" gefangenen Menschen kann man nicht die Freiheit gewähren. *„‚Die Wahrheit wird euch frei machen', sagt der Herr im Evangelium (Joh 8,32). Er sagt nicht: Die Freiheit werde uns wahr oder wahrhaftig machen. Die Freiheit steht also im Dienste der Wahrheit und nicht umgekehrt."* (S. 17) Und was ist die Wahrheit? *„Sie ist niemals eine Frage der Mehrheit, dem Laufe der Zeit und den Verhältnissen unterworfen. An ihrer Absolutheit festzuhalten, ihre Rechte zu verkünden, ist erste Katholiken- und Christenpflicht."* (S. 7)

Ewig und unabänderlich unter der Knute der katholischen Kirche zu stehen, dass ist die „Perspektive", die die FSSPX den Menschen bietet. Entmündigt und jeglicher demokratischen Rechte beraubt. Eine solche Theologie ist eine Theologie der Unfreiheit, erzreaktionär und fundamentalistisch und hat in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz.

mib ■

1 Williamson hat nicht nur die Shoah geleugnet, sondern auch in einem im Mai 2000 veröffentlichten Brief die „Protokolle des Weisen von Zion" als authentische Informationsquelle bezeichnet; ebenso wie das „Rakovski-Protokoll", eine Art „Folgeschrift" der „Protokolle" (http://www.sspx.ca/Documents/Bishop-Williamson/May1-2000.htm). Die Mehrheit der Lefebvristen scheint solchem Antisemitismus nicht anzuhängen (wiewohl sie ihn dulden), sondern dem Antijudaismus, der religiös motiviert ist, nicht rassistisch. Das macht ihn nicht besser, aber in der Auseinandersetzung sollte hier unterschieden werden, sonst läuft der Antifaschismus Gefahr, eine falschen Pauschalisierung zu betreiben, die leicht zu widerlegen ist.

Deutschland – ein Menschenrechtsmärchen

BERLIN. Deutschlands Bericht für den UN-Menschenrechtsrat, der am 2.2.2009 in Genf verhandelt, wurde, zeigt nach Ansicht von Amnesty International "einen eklatanten Mangel an Selbstkritik." Liest man den jetzt vorgelegten Bericht, leben wir Deutschen, aber auch alle Flüchtlinge und Migranten, hier in einem menschenrechtlichen Wunderland", sagte die Amnesty-Expertin für die Vereinten Nationen Silke Voss-Kyeck. „Die Chance, Defizite offensiv zu benennen, frühzeitig den Austausch mit der Zivilgesellschaft zu suchen und ernsthaft an der Verbesserung der Menschenrechtslage im eigenen Land zu arbeiten, ist dieses Mal vertan worden."

Im Rahmen des neuen „universellen periodischen Überprüfungsverfahrens" (UPR) muss Deutschland am 2. Februar in Genf vor den Mitgliedsstaaten des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen darlegen, wie es Verpflichtungen aus internationalen Menschenrechtsabkommen einhält und umsetzt. Die nächste Überprüfung findet spätestens in vier Jahren statt.

Die wichtigsten Kritikpunkte von Amnesty International: Die Bundesregierung strebt zunehmend so genannte diplomatische Zusicherungen an. „Damit verletzt sie ihre internationalen Verpflichtungen, auch Terrorverdächtige nicht in ihr Heimatland abzuschieben, wenn ihnen dort Misshandlung, Folter oder ein unfaires Verfahren droht", sagte Voss-Kyeck.

Mitarbeiter deutscher Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden haben Verdächtige, die die CIA zuvor entführt und in Foltergefängnisse ausgeflogen hatte, verhört, obwohl die Umstände der Haft offensichtlich rechtswidrig waren. Dies wurde im BND-Untersuchungsausschuss offenkundig. Welche Konsequenzen die Bundesregierung daraus zieht, ist nicht bekannt; sie hat die diesbezüglichen neuen Richtlinien nicht veröffentlicht. Deutsches Territorium und deutscher Luftraum wurden für derartige CIA-Flüge genutzt. „Die Ermittlungen des EU-Parlaments und des Europarats hierzu haben deutsche Behörden eher behindert als sie, wie erbeten, aktiv zu unterstützen", sagte Voss-Kyeck.

Während dieses Jahr selbst im Winter Hunderte von Flüchtlingen und Migranten jeden Tag bei der Überquerung des Mittelmeers ihr Leben riskieren, weicht die Bundesregierung einem klaren Bekenntnis zur Geltung des Abschiebungsverbots auch außerhalb der Zwölfmeilenzone aus, wenn die Betroffenen in ihrer Heimat verfolgt werden. „Deutschland ist verpflichtet, alle Menschen zu schützen, die der deutschen bzw. der EU-Gerichtsbarkeit unterliegen, auch wenn sie sich außerhalb ihres Hoheitsgebiets befinden; wir fordern die



Bundesregierung auf, dies ohne Einschränkung anzuerkennen", sagte Voss-Kyeck.

Besonders gefährdet sind die Menschenrechte von Menschen, die in Deutschland ohne gültige Aufenthaltspapiere leben. Da ein Kontakt mit einer deutschen Behörde eine Meldung an das Ausländeramt bedeuten kann, gehen solche Migranten oft nicht zum Arzt, schicken ihre Kinder nicht in die Schule, müssen gefährlichen und gesundheitsgefährdenden Tätigkeiten nachgehen und am Arbeitsplatz wehrlos Diskriminierungen über sich ergehen lassen. „Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass Maßnahmen gegen illegale Einwanderung nicht den Zugang zur medizinischen Grundversorgung, zu Bildung und zur Justiz beeinträchtigen. Die Bestimmung im Aufenthaltsgesetz, nach der öffentliche Stellen die Ausländerbehörde über die Identität eines irregulären Migranten zu informieren haben, muss für alle Stellen, die soziale Dienste leisten, sowie für Gerichte unverzüglich aufgehoben werden", forderte Voss-Kyeck.

Quelle: Amnesty International Presseerklärung: 30.1.09 ■

Jahresbericht der Abschiebungsbeobachtung auf Rhein-Main

FRANKFURT. Dramatische Lebensgeschichten und Schicksale verbergen sich hinter der Abschiebung von Flüchtlingen und Asylbewerbern am Frankfurter Flughafen. Das bestätigt der zweite Jahresbericht 2007/2008, den die Abschiebungsbeobachterinnen der katholischen und evangelischen Kirche am Frankfurter Flughafen jetzt vorgelegt haben. Im Jahr 2007 wurden 4500 Menschen abgeschoben, 25 Prozent weniger als im Vorjahr. Rund 300 Abschiebungen wurden im Berichtsjahr von den Abschiebungsbeobachterinnen begleitet.

Seit 2006 finanzieren die katholische und die evangelische Kirche mit Unterstützung der UNO Flüchtlingshilfe e.V. eine Abschiebungsbeobachtung. Sie hat das Ziel, Transparenz im Verfahren von Abschiebungen herzustellen und humanitäre Ansprüche zu gewährleisten. Unterstützt und begleitet wird diese Aufgabe von einem Forum, dessen Vertreter von Kirchen, Bundespolizei, Pro Asyl, amnesty international und vom hessischen Flüchtlingsrat ernannt sind. Dabei hat sich die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Bundespolizei, die in den vergangenen zwei Jahren aufgebaut wurde, selbst bei kontroversen Auffassungen bewährt. Die Träger bedauern allerdings, dass das Innenministerium im Forum Abschiebebe-

obachtung noch immer nicht vertreten ist. Diese Mitwirkung wird als dringend notwendig erachtet.

Der Jahresbericht gibt Einblick in zahlreiche Schicksale. Jeder der geschilderten Vorgänge begründet die Notwendigkeit der Abschiebungsbeobachtung. Warum fällt die serbische Familie, die seit Jahren hier lebt, ein Einkommen besitzt und nicht straffällig geworden ist, nicht unter die Bleiberechtsregelung und wird abgeschoben? Wieso wird die Abschiebung eines jungen Chinesen vollzogen, obwohl er das Sorgerecht für seine beiden Kinder mit deutschem Pass besitzt? Besonders problematisch waren: Trennungen von Familien, Abschiebung nach langjährigem Aufenthalt, Kranke mit Arztbegleitung und Menschen, bei denen Abschiebungen gescheitert sind. Stresssituationen sind programmiert und erfordern hohe Sensibilität aller Beteiligten. Vermehrt bitten Flüchtlingsinitiativen oder Anwälte darum, eine Abschiebung zu beobachten. Besonders aufmerksam werden auch Abschiebungen in Krisenregionen wie Afghanistan, Irak und Sri Lanka beobachtet.

Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst (JRS) 02.2009 - flucht@nds-fluerat.org ■

Zahlen gegen Klischees: Neue Sinus-Studie

BERLIN. Ende letzten Jahres erschien eine repräsentative Untersuchung des Sinus-Instituts über Migranten-Milieus in Deutschland. Damit wird diese Forschungsarbeit fortgeschrieben. Mit der vorliegenden Untersuchung sind erstmalig repräsentative Aussagen über Menschen mit Migrationshintergrund möglich.

Menschen mit Migrationshintergrund bilden keine sozio-kulturell homogene Gruppe. Die acht Migranten-Milieus, die von Sinus definiert werden, „unterscheiden sich weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben". Migrantinnen und Migranten aus unterschiedlichen Herkunftskulturen gehören oft demselben Milieu an. Bei den Prägungen der Milieus wird der „Einfluss religiöser Traditionen... oft überschätzt". Dem entsprechenden Milieu sind gerade einmal sieben Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund verhaftet.

Klischees abbauen kann auch ein anderes Ergebnis der Studie: „Mehr als die Hälfte der Befragten zeigt einen uneingeschränkten Integrationswillen. 87 Prozent sagen: Alles in allem war es richtig, dass ich bzw. meine Familie nach Deutschland gekommen sind."

Erfolg in der Aufnahmegesellschaft haben und sich zu etablieren, ist stark von Bildung abhängig. Der großen Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund ist dieser Zusammenhang bewusst. Die meisten verfügen von daher auch über einen großen Bildungsoptimismus, „der allerdings aufgrund von strukturellen Hürden, Informationsdefiziten und Fehleinschätzungen nicht immer in adäquate Abschlüsse und Berufspositionen mündet".

Fazit der Studie: „Die den verbreiteten Negativ-Klischees entsprechenden Teilgruppen gibt es zwar, und sie sind im vorliegenden Migranten-Milieumodell auch lokalisierbar. Aber es sind sowohl soziodemografisch als auch soziokulturell marginale Randgruppen."

Eine Kurzfassung der Sinus-Studie kann herunter geladen werden unter www.migration-online.de/sinus08

Quelle: Publikation „Forum Migration Februar 2009" ■



„alle anders – alle gleich"

Auch in diesem Jahr rufen der Interkulturelle Rat gemeinsam mit Gesicht Zeigen! – Aktion weltoffenes Deutschland und mehr als 40 weiteren Kooperationspartnern dazu auf, sich vom 16. bis 29. März 2009 mit Veranstaltungen an den Internationalen Wochen gegen Rassismus zu beteiligen. Schulen, Sportvereine und Sportverbände, Betriebe und Gewerkschaften, Medien, Kinos, Religionsgemeinschaften, sowie Stiftungen, lokale Initiativen und Projekte können damit ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für eine weltoffene Gesellschaft setzen.

Die „Internationalen Wochen gegen Rassismus" gehen zurück auf eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die im Jahre 1979 ihre Mitgliedstaaten dazu aufforderte, alljährlich – beginnend mit dem 21. März – eine Woche der Solidarität mit den Gegnern und Opfern von Rassismus zu organisieren.

Der 21. März als „Internationaler Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung" ist einer der ersten offiziellen Gedenktage der Vereinten Nationen. Er erinnert und mahnt an das „Massaker von Sharpeville", bei dem die südafrikanische Polizei am 21. März 1960 im Township Sharpeville 69 friedliche Demonstranten erschoss, die gegen die ungerechten Passgesetze in dem Apartheid-Staat auf die Straße gegangen waren.

www.interkultureller-rat.de ■

Flüchtlingsrat und Trauma-Netzwerk fordern Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen

NIEDERSACHSEN. Bei posttraumatischen Belastungsstörungen nicht nur an Bundeswehrsoldaten denken! Der Flüchtlingsrat Niedersachsen und das Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen begrüßen die aktuelle Debatte um eine Verbesserung von Hilfsangeboten bei posttraumatischen Belastungsstörungen, die der Deutsche Bundeswehrverband unter Verweis auf bereits 226 allein im letzten Jahr erkrankte Bundeswehrsoldaten losgetreten hat. Es ist erschütternd, dass diese Soldaten um Verständnis und Therapie kämpfen müssen, dass sie Angst haben müssen, als Memmen abgestempelt zu werden. Dabei ist spätestens seit dem Vietnamkrieg das Krankheitsbild PTSD (Posttraumatic Stress Disorder) gut erforscht und Diagnostik und Therapiemöglichkeiten etabliert worden.

Wenn schon die eigenen Soldaten so wenig Hilfe finden, ist es nicht verwunderlich, dass die Traumatisierung von Flüchtlingen im Asylverfahren so wenig Beachtung findet.

Für Niedersachsen gehen wir auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen von weit über 10 000 Betroffenen aus, darunter vielen Flüchtlinge z.B. aus Afghanistan und dem Irak. Viele der unter dieser Krankheit leidenden Flüchtlinge bleiben unversorgt. Der rechtliche und sprachliche Zugang zu Psychotherapie ist schwierig", beschreibt die Ärztin Dr. Gisela Penteker das Problem und fordert weitere Hilfen insbesondere auch vom Land Niedersachsen. Niedersachsen hat – im Unterschied zu den meisten anderen Bundesländern – bislang kein psychosoziales Behandlungszentrum für Flüchtlinge.

Auf Initiative der Ärztekammer Niedersachsen und der Psychotherapeutenkammer Niedersachsen hat sich daher das „Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen (NTFN)" gegründet, das psychotherapeutische Behandlungen, stützende Gespräche und Erstinterventionen möglichst wohnortnah vermittelt.

Ministerpräsident Christian Wulff hat die Schirmherrschaft für das gemeinnützige niedersächsische Trauma-Netzwerk übernommen. Jetzt braucht der Verein die finanzielle Unterstützung durch das Land Niedersachsen:

Für die Einwerbung von Drittmitteln sind wir auf eine sichere Anschubfinanzierung durch das Land Niedersachsen angewiesen", so die Koordinatorin Karin Loos. „Um traumatisierten Flüchtlingen in Niedersachsen weiter helfen zu können, brauchen wir vom Land Niedersachsen eine Basisfinanzierung in Höhe von mindestens 20.000 Euro."

Quelle: Presseinformation 05.02.09 Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Mit großer Unterstützung und zahlreicher Beteiligung von Flüchtlingen aus den Isolationslagern in Deutschland fand in Hamburg die dreitägige Tagung des Karawanenetzwerks statt.

1. Bundestreffen der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen im Jahr 2009

In einer Reihe von Kurzvorträgen von AktivistInnen der Karawane, the Voice Forum und der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh wurde einer der Leit-Slogan der Karawane „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört" veranschaulicht, und die sich weiter verschärfende Unterdrückung und Ausbeutung unter den globalen Auswirkungen der imperialistischen Weltwirtschaft ausgesprochen.

Die Barbarei der reichen Industrienationen und ehemaligen Kolonialmächte auf den Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika – in ihrer schärfsten Form dem Krieg und der Besatzung in Palästina, im Mittleren Osten aber auch in Stellvertreterkriegen und offenen Militärinterventionen und der Unterhaltung von Stützpunkten in zahlreichen Ländern Afrikas – hat ihr Spiegelbild in den Berichten der Flüchtlinge aus deutschen Isolationslagern wie Katzhütte, Möhlau, Gehlberg, Halberstadt und Remscheid. Unter der permanenten Bedrohung durch Deportation beherrscht eine mafiöse, rassistische Struktur die Verwaltung des groß angelegten Lagersystems in Deutschland.

Die physische und psychische Zerstörung der Menschen in den Lagern ist Ziel des behördlichen und staatlich organisierten Terrors. Mit einem offenen Protestbrief haben 56 Flüchtlinge aus Remscheid gegen ihre Unterbringung den Widerstand begonnen. Die Lager sind komplett Video überwacht und es wird täglich die Anwesenheit per Unterschrift überprüft. „Wir sind keine Gefangenen – wir fordern die sofortige Abschaffung der Videoüberwachung und der Anwesenheitskontrollen".

Der Kampf um die Schließung der Isolationslager verstärkt sich im Jahr 2009. Der Protest gegen das Barackenlager Katzhütte in Thüringen jährt sich im März und wird mit Aktionen begangen werden.

Das Treffen der Karawane ruft auch zur Verstärkung und Initiierung von „urgent actions" auf.

Während aus allen Regionen über den Mangel und die Verweigerung von notwendiger medizinischer Versorgung berichtet wurde, wird im Fall von Abu Bahkar aus Eisenach der Zynismus der Behörden deutlich. Der seit zehn Jahren in Deutschland lebende Kriegsflüchtling aus Sierra Leone soll trotz schwerer Diabetes und massiver gesundheitlicher Instabilität in das kriegszerstörte Land abgeschoben werden. Um das geltende Recht, das eine Abschiebung verbietet, zu unterwandern, stellen die deutschen Behörden eine Versorgung mit Insulin für zwei Jahre in Aussicht. Am 5. März wird vor dem Verwaltungsgericht Gera über die Klage von Abu Bahkar entscheiden.

Gegenstand der Tagung waren unter anderem auch die Abschiebeabkommen zwischen Deutschland und Syrien, wovon bereits zahlreiche Flüchtlinge betroffen sind und zusammen mit syrischen Oppositionsgruppen und Organisationen der aus Syrien stammenden kurdischen Minderheit Proteste vorbereiten.

Verstärkt wird auch die Arbeit gegen die Kollaboration der nigerianischen und anderer Botschaften mit den deutschen Behörden zum Zweck der Abschiebung.



Dessau, 7. Januar 2009 Foto: Umbrucharchiv

Die Versammlung unterstützt die bisherigen Anstrengungen der Initiative In Gedenken an Oury Jalloh in dem Aufbau einer internationalen unabhängigen Kommission, die unter Einbeziehung der vorherrschenden rassistischen Atmosphäre in Sachsen-Anhalt, die Gründe der Festnahme, die festgestellten Misshandlungen, die Reihe der Ermittlungspannen, der Zeugenmanipulationen, usw. zusammenfassend untersuchen soll. Bereits heute wurde mit der Mobilisierung nach Dessau für das Jahr 2010 begonnen – für den 7. Januar, der Tag an dem Oury Jalloh ermordet wurde.

Die Notwendigkeit, den Raum zu schaffen, der den direkten Austausch der Erfahrungen mit den Misshandlungen und der Terrorisierung sowie die Erfahrungen mit dem Widerstand und der Organisierung zwischen den Flüchtlingen möglich macht, wurde mit dem ersten bundesweiten Treffen unterstrichen.

1. Februar 2009, Karawane Hamburg ■

Auch Nicolas Sarkozy und seine Umgebung versuchen auf der „Obama-Welle" zu surfen – und reden einer stärkeren politischen Partizipation von Angehörigen „ethnischer Minderheiten" das Wort. Nur politischer Werbetrick, oder Ausdruck einer tiefer reichenden politischen Entwicklung ?

Liberté, Egalité, Diversité...?

Seitdem Barack Obama im November 2008 zum neuen US-Präsidenten gewählt und am 20. Januar dieses Jahres ins Amt eingeführt worden ist, hat sich anscheinend auch in Frankreich manches in Bewegung gesetzt. Ein Modeeffekt ist nicht von der Hand zu weisen: Im Dezember 08 wurde bspw. erstmals eine schwarze respektive „Mischlings"frau zur diesjährigen ‚Miss France' gewählt.

Und am 28. Januar 09 gab ‚Libération' bekannt, dass die zuständige Jury erstmals ein ebensolches Kind – Abkömmling eines französischen und eines senegalesischen Elternteils – zum ‚Bébé Cadum' des Jahres gewählt habe. Die 17 Monate alte Maï-Anna verkörpert also nunmehr die berühmte Babyseifenmarke. Seit 1924 war das ‚Bébé Cadum' ein Inbegriff für ein weißes Baby gewesen – umso weißer, als es eben durch die fragliche Seife „sauber gewaschen" würde. Ein prominentes Wörterbuch der französischen Sprache, Le Petit Robert, hatte den Begriff 1993 sogar so erklärt: „...ein rosafarbenes und rundes Baby..." Nun ist es, in diesem Jahr, zum ersten Mal schwarz oder jedenfalls „dunkel" gefärbt.

Dagegen ist insofern überhaupt nichts einzuwenden, als – Werbung und Modeeffekt hin oder her – die französische Gesellschaft sich vielleicht endlich einmal in ihrer Mehrheit darüber bewusst wird, dass sie nie wieder „rein weiß" aussehen wird. Aber auch die Politik, in Gestalt des umtriebigen und „allgegenwärtigen" Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, hat das Thema für sich entdeckt. An dieser Stelle sind jedoch einige Fragen angebracht: Worum geht es (ihm) und welche Entwicklungen zeichnen sich real ab?

Ein Manifest und ein Anliegen

„Oui, nous pouvons" – eine holprig klingende französische Übersetzung von ‚Yes, we can' – war das „Manifest für reale Gleichheit" überschrieben, das am 9. November 2008 in der französischen Sonntagszeitung JDD erschien und von einer Reihe von Prominenten unterzeichnet worden ist. Ihnen geht es um die „Förderung der Diversität", also darum, mehr farbige Franzosen und mehr Franzosen mit Migrationshintergrund auch an einflussreiche oder sichtbare Positionen gelangen zu lassen. Beispielsweise in politische Ämter.

Auch Präsident Nicolas Sarkozy scheint sich den Unterzeichnern nun angeschlossen und ihr Anliegen aufgegriffen zu haben: Eine Woche vor der Weihnachtspause verkündete Sarkozy in seiner letzten größeren Programmrede für das abgelaufene Jahr 2008 ein Maßnahmenbündel „zur Förderung der realen Chancengleichheit", ebenfalls im Namen der „Diversität". Surft die französische Politik nun „farbenfroh" auf der Obama-Welle? Hat sich das ganze Land zum Antirassismus bekehrt?

Noch in jüngerer Vergangenheit war auch Nicolas Sarkozy nicht zimperlich, wo es darum ging, ein rechtes bis rechtsextremes Wählerpotenzial anzusprechen und seinen autoritären respektive rassistischen Gefühlslagen zu schmeicheln. Aber ein erfolgreicher Politiker darf eben nicht nur nach einer Seite hin Integrationskraft beweisen. Nicolas Sarkozy stellte eine solche schon frühzeitig auch gegenüber Einwandererkindern, vor allem den sozial besser gestellten und höher gebildeten unter ihnen, unter Beweis.

Tatsächlich förderte Sarkozy in seiner Partei (UMP), und dann bei der Regierungsbildung 2007, auch Persönlichkeiten mit Migrationshintergrund. Erstmals erhielten solche Politikerinnen und Politiker so genannte Schlüsselministerien, beispielsweise wurde das Justizministerium mit Rachida Dati besetzt – die nun wahrscheinlich in naher Zukunft aus dem Kabinett ausscheiden wird, da sie bei Präsident Sarkozy in Ungnade gefallen zu sein scheint. Zwar hatte die französische Sozialdemokratie in den 80er Jahren mehr von der „Integration" von Einwandererkindern gesprochen als die Rechte (in ihrer bürgerlichen wie, natürlich, ihrer extremen Spielart). Aber in der damaligen Ära Mitterrand konnte ein schwarzer Franzose es bestenfalls – einem klassischen Cliché (Klischee) entsprechend, wonach Menschen mit schwarzer Hautfarbe Fähigkeiten in Sport und Musik, aber nicht im intellektuellen Bereich zugestanden werden – zum Sportminister bringen wie seinerzeit Roger Bambuck. Oder ein Einwanderersohn konnte auf dem für einige Anführer von SOS Racisme reservierten Karriereticket ins Europaparlament einziehen wie der damalige SOS-Sprecher und heutige sozialliberale Europaabgeordnete Harlem Désir. Aber Justiz- oder Innenminister? Gott bewahre! Das würden die Wähler uns doch nicht verzeihen...

„Die Sozialdemokratie hat vielleicht davon geträumt, Sarkozy hat es getan", um einen französischen Ausdruck abzuwandeln. Dass es dem rechten Politiker Sarkozy heute leichter fällt, Einwanderersöhne und -töchter in aussichtsreiche politische Positionen zu befördern, als die Sozialdemokraten es damals vermochten, hat freilich seine Gründe. Denn bei den Linksparteien (der Sozialistischen und der, zur Zeit Mitterrands noch einflussreichen, Kommunistischen Partei) schwang bei der Forderung nach Gleichberechtigung von Einwanderern immer auch die „soziale Frage" mit. Denn Zuwanderer wurden, vor allem während der Jahre des Wirtschaftsbooms – den in Frankreich so genannten „Trente Glorieuses" oder „Glorreichen 30 Jahren" nach dem Zweiten Weltkrieg und bis zur ersten Ölkrise 1973/74 –, vor allem auf den unteren Rängen in die gesellschaftliche Arbeitsteilung eingegliedert. Sie verrichteten (manuelle) Arbeiten, die den Franzosen oft nicht mehr zuzumuten waren, und erlaubten so auch manchen französischen Arbeiterkindern den Aufstieg in Facharbeiterpositionen oder den Weg an die Hochschule. Daraus resultierte eine soziale Position, aufgrund derer Einwanderer – wenn sie ihre Benachteiligung thematisierten – in aller Regel auch soziale Forderungen erhoben.



Foto: www.arbeiterfotografie.com

Nicht so jedoch bei der politischen Rechten. Denn dort wird die Integration von Einwandererkindern als Frucht individueller Leistungen, als Lob für besonders „verdienstvolle" Individuen aufgefasst. Das typische Beispiel für Sarkozys „Integrations-" und „Diversitätspolitik" in den vergangenen Jahren ist sein Spiel mit der Ernennung von Präfekten – hohen Beamten, die jeweils den Zentralstaat in einem französischen Département (Verwaltungsbezirk) vertreten – aus jeweils einer bestimmten Minderheit.

In jüngster Zeit nun hat Sarkozy sein Spiel wiederholt: Kaum war Barack Obama am 4. November 2008 von der US-Stimmbevölkerung ins Amt gewählt worden, kündigte Sarkozy – nun als Präsident – noch in den darauffolgenden 48 Stunden die Ernennung seines ersten „schwarzen Präfekten" an. Am 12. November setzte er dann Pierre N'Gahane, der vor rund 20 Jahren als junger Student aus Kamerun nach Frankreich kam, dort dauerhaft blieb und die französische Staatsbürgerschaft erwarb, als Prâfekten in den Hochalpen ein. Ihm folgte dann im Dezember 2008 die Ernennung des ersten Präfekten „mit Migrationshintergrund" im Département Seine-Saint-Denis – das ist dort, wo ein Gutteil der nord- und schwarzafrikanischen Einwanderer des Großraums Paris „unter proletarischen Verhältnissen" lebt. Neuer Präfekt in der Bezirkshauptstadt Bobigny wurde nun, am 10. Dezember, der aus einer algerischen Immigrantenfamilie stammende Nacer Meddah. Fraglich ist nun freilich, ob eine solche Ernennung an der Lebenssituation der – überwiegend den sozialen Unterklassen angehörenden – Einwandererfamilien und sonstigen Bewohner in dem Trabantenstadtbezirk real sehr viel ändern wird. Man darf es bezweifeln. Denn dass das konservative Lager ohne sichtbaren Widerwillen Sarkozys „farbenfrohe" Ernennungspolitik hinnimmt, hängt auch damit zusammen, dass selbige vom Aufwerfen der „sozialen Frage" weitgehend entkoppelt ist.

Vielleicht gut gemeint, aber voller Fallstricke:

Die Debatte um „ethnische Statistiken"

Lange Zeit ging diese Strategie bei Sarkozy mit einem Plädoyer für die Einführung „ethnischer Statistiken" (statistiques ethniques) einher. Dies bedeutet, dass man mit den Mitteln der Statistik messen soll, wie viele Schwarze, wie viele Arabischstämmige, wie viele „Asiaten" in welchen Sektoren der französischen Gesellschaft arbeiten oder auf Posten rekrutiert werden. Bislang verbietet das französische Recht, das auf dem Anspruch der universalistischen Geltung der „Werte der Republik" – ohne Unterscheidung nach Herkunft – beruht, solche spezifischen Erfassungen.

Zwar ist dieser „republikanische Universalismus" tatsächlich in der Realität weitgehend zur puren Theorie, ja zur Heuchelei geworden – da er vorhandene Ungleichheiten und Diskriminierungen mit dem Anspruch, dass doch alle vor dem Gesetz gleich seien, überdeckt. Allerdings ist auch das Instrument der „ethnischen Statistiken", das angeboten wird, um Abhilfe zu schaffen, mindestens ein ausgesprochen zweischneidiges Schwert. Denn die Erfassung herkunftsbezogener oder gar „rassischer" Merkmale durch die amtlichen oder von Unternehmen erstellten Statistiken kann – je nach Fragestellung, die an die statistischen Messinstrumente oder die von ihnen gelieferten Daten gerichtet wird – sehr unterschiedlichen Zwecken dienen.

Auch Lobbyorganisationen einzelner Bevölkerungsgruppen, etwa die Schwarzenorganisation CRAN (eine Art Zentralrat der Schwarzen-Verbände), erheben ihrerseits explizit die Forderung nach solchen herkunftsbezogenen statistischen Erfassungen. Denn dem CRAN geht es darum, die Herausbildung einer schwarzen Elite zu fördern, und zeigt sich daher darum besorgt, zu wissen, wie viele Menschen schwarzer Hautfarbe sich unter den Psychiatern, den Direktoren von Firmen

oder den leitenden Angestellten eines Medienunternehmens befinden. Aber wie brisant das Vorhaben unter anderen Aspekten ist, wird dadurch deutlich, dass Sarkozy sich im Februar 2006 dafür ausgesprochen hat, eine Erfassung nach „ethnischer Herkunft" auch unter Strafgefangenen in französischen Haftanstalten zu erheben. Würde dies erfolgen, so bestünden nur geringe Zweifel daran, dass ein überproportional hoher Anteil an Insassen, die aus Einwandererfamilien stammen, festgestellt würde. Nur stellt sich die Frage, woran dies liegt – ob es mit einer stärkeren „natürlichen Kriminalitätsneigung" bestimmter Gruppen zusammenhängt oder aber mit der sozialen Situation dieser Gruppen, der Position vieler ihrer Mitglieder am unteren Rand der französischen Gesellschaft, respektive einem „strukturell angespannten" Verhältnis zur französischen Polizei.

Die „ethnische Statistik" vermag nur eine Momentaufnahme „in Farbe" zu liefern, also die nach „ethnischer Zugehörigkeit" aufgeschlüsselte Verteilung von Positionen zu beschreiben. Aber sie vermag keine Erklärung für gesellschaftlich bedingte Ungleichheiten zu liefern. Insofern droht sie unter Umständen sogar eher noch, bestehende Clichés (Klischees) zu befördern, statt zu helfen, sie aufzubrechen. Aus diesen Gründen sind antirassistische Organisationen ausgesprochen skeptisch gegenüber dem Instrument, dem Nicolas Sarkozy seit Jahren zum Durchbruch verhelfen möchte und das zu fördern er bestrebt ist.

Das französische Verfassungsgericht hat in einer Grundsatzentscheidung vom 15. November 2007 die Durchführung „ethnisch" ausgerichteter Datenerhebungen, als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der französischen Verfassung, verboten. Was freilich das Problem, dass die gesellschaftliche Wirklichkeit eher von Ungleichheiten geprägt ist, auch noch nicht löst. Nicolas Sarkozy seinerseits hat erklärt, er wolle sich nicht an dieses Verbot halten, im Namen einer Politik „aktiver positiver Diskriminierung" zugunsten von Minderheiten. Auch wenn Letztere weitaus eher den Versuch beinhaltet, innerhalb jeder herkunftsbezogenen „Minderheit" eine eigene Elite herauszukristallisieren, die dann ihre je eigene Lobby bilden soll – und die „soziale Frage" tunlichst dahinter verschwinden zu lassen.

Die Auseinandersetzung geht unterdessen weiter: Am 22. Januar 09, kurz nach seiner Amtseinführung, hat der frischgebackene nationale „Diversitäts-Beauftragte" Yazid Sabeg sich nunmehr seinerseits explizit für die Einführung „ethnischer Statistiken" ausgesprochen. Diese seien ein notwendiges Instrument bei der Diskriminierungsbekämpfung: „Wir wissen nicht, wovon wir sprechen. Die öffentliche Debatte wird nicht genügend (Anm.: gemeint ist: mit Fakten) gespeist." Yazid Sebag präzisierte, „negative Statistiken mit ethnisch-rassischem Hintergrund", er meinte wohl etwa polizeiliche Kriminalitätsstatistiken, gebe es ohnehin, er aber wolle „positive Statistiken" erstellen. Er stellte fest, „in dieser seit Jahren eröffneten Debatte" habe man „es bisher nicht geschafft, konsensfähige Wege zu finden." Und er fügte hinzu: „Ich werde versuchen, mich persönlich diesbezüglich an die Arbeit zu machen." (Vgl. http://fr.news.yahoo. com/2/ 20090121/tpl-population-et-diversite-yazid-sabeg-ee974b3.html)

Ende Januar 09 publizierte Yazed Sabeg seine Vorstellungen unter der Überschrift ‚Liberté, Egalité, Diversité', auf einer vollen Zeitungsseite in der liberalen Pariser Abendzeitung ‚Le Monde'. Und in ihrer Februar-Nummer – der aktuellen Ausgabe – widmet auch die links-bildungsbürgerliche Monatszeitung ‚Le Monde diplomatique' eine Doppelseite der Debatte pro und kontra, unter dem Titel: ‚Diversité contre égalité' (Diversität versus/wider/gegen Gleichheit). Wir werden also alsbald in unseren Spalten auf dieses Thema zurückkommen!

Die Rückkehr der sozialen Frage!

Im April 2008 hatte Sarkozy eine Kommission unter dem Vorsitz der früheren Gesundheitsministerin Simone Veil – einer großen alten Dame des französischen Liberalismus, die im Alter von 17 Jahren nach Auschwitz deportiert worden war – eingesetzt. Diese sollte ihm konkrete Vorschläge für die Umsetzung der „positiven Diskriminierung" erarbeiten. Kurz vor der Programmrede des Präsidenten vom 17. Dezember 2008 zur „Diversitätspolitik", die Sarkozy in der Elitehochschule Ecole Polytechnique hielt, wurde ihm der Abschlussbericht der Kommission vorgelegt.

Dieser Abschlussbericht entspricht, so stellte die Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' fest, nicht völlig – oder nicht wirklich – den Erwartungen des Präsidenten. Denn die Kommission war darum bemüht, die Tür für eine spezifische Politik für einzelne „ethnische Gruppen" – die völlig von sozialen Faktoren losgelöst bliebe, und sich vor allem auf die Datenerfassung herkunftsbezogener Elemente stützen würde – zu schließen und nicht zu öffnen. So wird zwar der Herausbildung einer Bildungselite innerhalb bislang benachteiligter Bevölkerungsgruppen deutlich das Wort gesprochen. Allerdings nicht im Sinne einer Privilegierung eines einzelnen, auf Herkunft („schwarzer Präfekt") oder gar religiöser Konfessionszugehörigkeit („moslemischer Präfekt") beruhenden Kriteriums. Vielmehr sollen soziale und wohnortbezogene Kriterien eine Rolle spielen. Es soll also eine Abhilfe für die Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zur Einwohnerschaft einer besonders stark sozial benachteiligten und von Bildungsmöglichkeiten abgeschnittenen Zone – etwa in bestimmten Banlieues französischer Ballungszentren – geschaffen werden. „Davon", so Le Monde, „würden nicht nur Hakim und Rachida profitieren", sondern „auch Eric und Isabelle würden nicht vergessen", also die Angehörigen und die Kinder der weißen Unterschicht. Diese lebt tatsächlich in den Banlieues mit den Einwandererkindern sehr vermischt, da es in Frankreich keine reinen „ethnischen" Wohnviertel – wie in den „Ghettos" US-amerikanischer Großstädte – gibt. Soziale Lage und nicht Hautfarbe entscheidet in Frankreich darüber, wer in einem Armutsviertel oder aber an einem schlecht beleumundeten Wohnort, einem „sozialen Brennpunkt" lebt.

Allerdings steckt der Teufel oftmals im Detail. Um eine Elitebildung zu fördern, spricht der Kommissionsbericht – und Sarkozy in seiner Rede an der Ecole Polytechnique – sich für eine Erhöhung des Anteils von Schülerinnen und Schülern mit Stipendien in den „Vorbereitungsklassen", die nach dem Abitur für Elitehochschulen wie Polytechnique und ENA qualifizieren, aus. Dadurch, dass künftig mindestens 30 Prozent der Absolventen dieser qualifizierenden ‚Classes préparatoires' mit Stipendien ausgestattet sein sollen, soll auch den Sprösslingen von finanziell weniger begüterten Elternhäusern die Tür offen gehalten werden. Und spezielle „Förderinternate" sollen es Schülern aus weit vom Stadtzentrum entfernten Banlieues ermöglichen, in den Kernstädten über eine Unterkunft zu verfügen und an den dortigen Bildungseinrichtungen zu studieren.

Es ist im positiven Sinne bemerkenswert, dass das zuvor dominierende „ethnische" Kriterium nun zugunsten einer Berücksichtigung der sozialen Benachteiligung – die Kinder aus Einwandererfamilien, aber auch aus französischen Unterklassenfamilien in den Banlieues trifft – aufgebrochen worden ist. Dennoch ist auch der Prozess, der dadurch angefacht würde, nicht ohne Risiken. Der Politologe Patrick Weil etwa ist (in einem Interview mit der Pariser Abendzeitung ‚Le Monde', die den Migrationsexperten in jüngerer Zeit des Öfteren zu Wort kommen lässt) der Auffassung, auch wenn das Vorhaben grundsätzlich begrüßenswert sei – so bestünde doch die Gefahr, dass durch die geplante Entfernung der „besten schulischen Elemente" aus den Banlieues die dort vorhandenen Bildungseinrichtungen mit ihren verbleibenden Schülern erst recht abgeschrieben würden. Dieser Hinweis auf eine real drohende Gefahr ist sicherlich richtig; er weist auf ein Risiko hin, das sicherlich mit jeder Form von Elitebildung (ohne Rückbindung an eine Verbesserung der Situation auch jener, die im „Sozialghetto" verbleiben – müssen) einhergeht.

Auf Dauer wird es sicherlich keine wirksame Diskriminierungsbekämpfung geben, wenn die „soziale Frage" als solche nicht aufgeworfen werden soll.

Bernhard Schmid, Paris ■

Grafik-Report zu 60 Jahre NATO erschienen

60 Jahre NATO – was den Mitgliedsstaaten, Deutschland in der ersten Reihe, in diesem Jahr Anlass zu umfänglicher Selbstbeweihräucherung ist, stellt in Wahrheit einen Skandal erster Güte dar. 19 Jahre nach dem Ende der globalen Systemauseinandersetzung weist die Nato die höchsten Militärausgaben aller Zeiten auf, mehr als zwei Drittel dessen, was auf der ganzen Welt für Rüstung ausgegeben wird. Die Nato und ihre Mitgliedsstaaten führen unter dem Kommando der USA Kriege in Afghanistan und im Irak, weit außerhalb des Bündnisgebietes (Nato = North Atlantic Treaty Organisation, Nordatlantikpakt-Organisation) und wider jedes Völkerrecht.

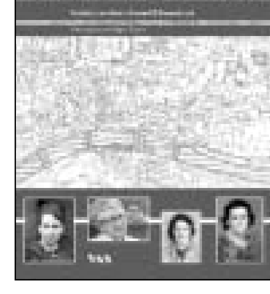


In acht Abschnitten (Welt in Waffen / 60 Jahre NATO / Bundeswehr in aller Welt / Globalisierung und Krieg / Ressourcen-Imperialismus / Rüstung und Profit / Folgen von Rüstung und Krieg / Alternativen) und 52 Seiten-Kapiteln liefert dieser Grafik-Report Grafiken, Karten, Karikaturen und Kurztexte mit den wichtigsten Fakten und Argumenten zu Nato und Bundeswehr, zu Globalisierung und Krieg, zu Rüstung und Profit und vielem mehr. Die Materialien können Hilfe geben für die Erstellung von Referaten, für die Durchführung von Bildungs- und Schulungszirkeln, für Wandzeitungen, Ausstellungen, Publikationen aller Art.

Die Grafiken und Karikaturen aus Grafik-Report 12 sind auch auf CD (powerpoint) erhältlich - für 5,00 Euro zzgl. Versand

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, fon: 089/130041, fax: 089/1689415, email: isw_muenchen@t-online.de

Lebensspuren verfolgter Frauen



Die Neuerscheinung des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-1945 (Hg.): Frankfurt am Main – Frauen-KZ Ravensbrück. Lebensspuren verfolgter Frauen. Bad Homburg: Verlag für akademische Schriften, 2009 (ISBN: 978-3-88864-4542) dokumentiert die Ergebnisse einer noch keineswegs abgeschlossenen Spurensuche in doppelter Hinsicht: „Zum einen soll es Frauen, die aus Frankfurt am Main nach Ravensbrück in das zentrale Frauenkonzentrationslager der Kriegsjahre deportiert wurden, ihre Namen, Gesichter und Biografien wiedergeben; zum anderen sucht es in Frankfurt Orte auf, an denen diese Frauen vor ihrer Deportation wohnten und arbeiteten und Orte, an denen ihrer heute gedacht wird.“ (Klappentext)

Insgesamt 276 Frauen, die aus Frankfurt a.M. in das Konzentrationslager Ravensbrück deportiert wurden, konnten recherchiert werden. Mit 93 Biografien gehören Jüdinnen zur größten Gruppe. Einige davon waren bereits im KZ Lichtenburg und kamen von dort in das neu errichtete Frauen-KZ Ravensbrück. 84 der nach Ravensbrück überstellten Frauen waren Ausländerinnen. Die meisten waren im jugendlichen Alter aus Polen und der Ukraine zur Zwangsarbeit nach Frankfurt am Main verschleppt worden. Ins Visier der Gestapo gerieten sie insbesondere durch Anzeige der Arbeitgeber und durch Denunzianten und Denunziantinnen. Neben Zeuginnen Jehovas und Sinti und Roma wurden auch Frauen nach Ravensbrück deportiert, die sich weigerten für die Rüstungsindustrie zu arbeiten, denen „Beihilfe zur Fahnenflucht“, „Umgang mit Fremdvölkischen“, das Hören sogenannter „Feindsender“ oder auch „artvergessenes Verhalten“ oder „Rassenschande“, so die diffamerende Bezeichnung der Beziehungen zwischen „arischen“ Frauen und Juden, vorgeworfen wurden.

zu bestellen beim Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 (Preis:14,80 Euro plus Versandkosten) kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de

„Berliner Erfahrungen“ –

Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien

Die Broschüre ist im Dezember 2008 erschienen und umfasst die Auseinandersetzung mit Zielen und Strategien der NPD in den BVVen, den Gegenstrategien der demokratischen Parteien und eine Auswahl einiger vorbildlicher Praxisbeispiele demokratischen lokalpolitischen Handelns. Die Verfasser/innen hoffen mit dieser Handreichung dem wissenschaftlichen und politischen Diskurs sowie vor allem den demokratischen Kommunalpolitiker/innen einige Anregungen zu geben.



Verein für Demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung (VDK) e.V., Chausseestraße 29, 10115 Berlin , E-Mail: doku-und-analyse@vdk-berlin.de www.vdk-berlin.de

Erinnerungen von Zwangsarbeitern

Die Lebenserinnerungen von knapp 600 NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern sind künftig im Internet zugänglich. Das Angebot der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) soll die Erinnerung an diese Opfer des Naziregimes wachhalten und sie jungen Menschen und Wissenschaftlern für die politische Arbeit und die Forschung nutzbar machen.

www.zwangsarbeit-archiv.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Es lebe die Aristokratie!

Junge Freiheit Nr. 5/09 vom 23.01.2009

Der amerikanische Kinofilm „Operation Walküre" über die Hitler-Attentäter des 20. Juni bewegt das Blatt dazu, über das Wesen der Aristokratie zu sinnieren, denn, so Thorsten Hinz: „Stauffenberg, der aus dem Uradel kam … war zweifellos ein geborener Demokratie-Skeptiker." Weil soviel Uradel jedoch nicht vorhanden ist und der Ruf nach Kaiser Wilhelm heutzutage wenig Anhang finden wird, dreht Hinz das Argument: „Das Aristokratische, ohne das die Demokratie geistig und moralisch flach wird, ist nicht an Herkunft oder Bildungsabschlüsse gebunden. Oft waren es ganz einfache Menschen, die Juden versteckten und Flüchtlingen über die Grenze halfen." Diese „ganz einfachen" Menschen hatten aber nachweislich mit Aristokratie gar nichts zu tun – im Gegenteil, ein großer Teil von ihnen sah sich in der Tradition der Arbeiterbewegung. Der Film gefällt dem Blatt, denn er verbreite ein „besseres Deutschland-Bild" und könne „finanzielle und moralische Erpressbarkeit Deutschlands mindern".

Wirtschaftskrise und Euro

Junge Freiheit Nr. 6/09 vom 30.1.2009

Das Blatt kritisiert das Geldsystem und hofft darauf, dass die USA geschwächt aus der Weltwirtschaftskrise hervorgehen. Gleichzeitig bringt es die alte konservative Kerneuropa-Diskussion wieder ins Spiel: „Nur werden die Europäische Währungsunion und die EU nicht so schnell auseinanderbrechen. Vorher werden der IWF und Brüssel mit Krediten einspringen; Italien kann notfalls seine ansehnlichen Goldreserven verpfänden; und schließlich wird – wie üblich – der Nettozahler Deutschland zur Kasse gebeten … Wenn die ehemaligen Schwachwährungsländer nicht zu einer strengen Austerity-Politik bereit sind, d. h. den Gürtel sehr eng schnallen, droht das Euro-System zu zerbrechen. Die Wackelkandidaten wurden bekanntlich unter Missachtung der Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages in die Währungsunion aufgenommen. Sie hätten nie beitreten dürfen. Reif für den Euro war nur der um Deutschland und Frankreich gruppierte Kern der Gemeinschaft. Gut möglich, dass der Euro in der jetzigen Form die nächsten Jahre nicht überleben wird." Ganz vergessen hat das Blatt offensichtlich, dass nicht einmal Frankreich und die Bundesrepublik die Konvergenzkriterien erfüllten – was zu Strafzahlungen an den Währungsfonds führte.

Die Pius-Bruderschaft – Verbündete des Papstes?

Junge Freiheit Nr. 7/09 vom 6. Februar 2009

Etwa 10.000 Anhänger zähle die Pius-Bruderschaft in Deutschland, 100.000 bis 200.000 weltweit, berichtet das Blatt und interviewt den Distriktoberen für Deutschland, Pater Franz Schmidberger. Der lässt ungeniert den katholisch begründeten Antisemitismus raus. Auf die Frage: „Ist Ihre Ansicht, die Juden trügen die Schuld für den Tod Christi, die sie nur tilgen können, wenn sie Christen werden, nicht eine Kollektivschuld-Unterstellung?" antwortet Schmidberger: „Wir haben inzwischen klargestellt: Selbstverständlich teilen nur jene Juden unserer Tage die Schuld ihrer Väter an der Tötung Christi, welche dieser zustimmen. Ob es solche Juden heute gibt, weiß ich nicht. Dass aber Juden den fleischgewordenen Gott als Messias annehmen und sich auf seinen Namen taufen lassen müssen, falls sie das Heil erlangen wollen, das spricht schon der erste Papst aus, nämlich der heilige Petrus, der selbst ein Jude ist." *uld* ■

Verständnis für Papst

Nationalzeitung 6-2009

Auch die NaZe greift die aktuelle Diskussion um die Aufhebung der Exkommunizierung der vier Bischöfe der Pius-Bruderschaft auf. Der Papst sei „unter Beschuss" heißt es, nach dem Kirchenrecht sei aber die Meinung von Bischof Williamson zum Holocaust „irrelevant". Das Kirchenrecht interessiere nur, „wie man zu den Sakramenten steht und wie man es mit dem Gehorsam hält, ob man die Eucharistie entweiht hat, aktiv an einem Schwangerschaftsabbruch beteiligt war, Häresie getrieben hat oder Schismatiker ist." Also, warum dann Kritik am Papst? Holocaustleugnung – irrelevant.

Schon in der Auseinandersetzung um den Holocaust-Leugner Irving und seine Verurteilung hatte das Blatt wiederholt die deutsche Rechtsprechung in dieser Frage kritisiert. Und fast bedauernd stellt es nun fest: „An die deutsche Strafrechtsordnung gebunden, kommt nun der Staatsanwaltschaft Regensburg die undankbare Aufgabe zu, gegen den Bischof wegen des Verdachts der Volksverhetzung zu ermitteln." Wieso „undankbare Aufgabe"? Es mag ja den einen oder anderen Juristen geben, der da ungern ermittelt, aber die deutsche Rechtslage ist in dieser Frage eindeutig. Und das ist gut so. *u.b.* ■

Sachsens NPD-Fraktionschef singt Loblied auf NS-Familienpolitik

DRESDEN. Die NPD im Landtag von Sachsen hat ein Loblied auf die Familienpolitik des Nazi-Regimes gesungen. In seiner Rede zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihre Folgen für die politischen Handlungsfelder" zitierte NPD-Fraktionschef Holger Apfel zunächst einen Passus aus dem Bericht, in dem es heißt: „Die Landespolitik muß – auch vor dem Hintergrund der menschenverachtenden Familienpolitik des Dritten Reiches – die Balance zwischen einer legitimen und grundgesetzlich verankerten Förderung von Familien und dem Respekt vor der familiären Entscheidung jeder Einzelnen bzw. jedes Einzelnen wahren." Und fuhr dann wörtlich fort: *„Die Enquetekommission ... fühlt sich bemüßigt, vor einer Diskriminierung Kinderloser zu warnen. Da verschlägt es einem fast die Sprache, vor allem, wenn die angeblich menschenverachtende Familienpolitik des III. Reiches als Vorwand herhalten muß. Hätten die Verfasser auch nur rudimentäre geschichtliche Kenntnisse, wüßten Sie, daß diese Politik nicht menschenverachtend, sondern sozial, familienfreundlich und vor allem erfolgreich war!"* Nach Presseberichten quittierten die anderen Parteien die Äußerungen mit Missachtung. ■